

---

## REGIERUNGSKRISE

---

|                                                                                                                                                                                                   |   |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---|
| <b>Bischofskonferenz: Das Gemeinsame vor das Trennende stellen</b>                                                                                                                                | 2 |
| Schönborn und Lackner zur Regierungskrise: "Demokratie lebt vom Vertrauen" – Verantwortungs-<br>volle Politik sucht in Krise Gespräch über Fraktionsgrenzen hinweg und nicht kurzfristigen Erfolg |   |
| <b>Politik: Zsifkovics spricht von "moralischer Sonnenfinsternis"</b>                                                                                                                             | 3 |
| <b>Bischof Bünker: Demokratie braucht Tugenden</b>                                                                                                                                                | 4 |
| <b>Landau: Kickls 1,50 Euro-Verordnung sofort zurücknehmen</b>                                                                                                                                    | 4 |
| <b>"Demokratie lebt vom Vertrauen" (Dokumentation)</b>                                                                                                                                            | 5 |

---

## INLAND

---

|                                                                             |    |
|-----------------------------------------------------------------------------|----|
| <b>Pernsteiner zu Frauen und Kirche: "Fenster der Geduld" schließt sich</b> | 6  |
| <b>Glettler: Kirche muss bei wichtigen Themen "intervenieren"</b>           | 7  |
| <b>Familienverbände gegen "weitere Ökonomisierung der Lebenswelt"</b>       | 8  |
| <b>Scharl: Wichtiger Beitrag der Kirche zu Kriminalitätsvorbeugung</b>      | 9  |
| <b>IGGÖ lädt zum interreligiösen Iftar-Abendmahl</b>                        | 10 |
| <b>Kirchliche Schulen: Regeln für Teilnahme an Klima-Demo</b>               | 10 |
| <b>Tagung in Graz: Krankenhausärzte in "Spiritual Care" einbinden</b>       | 11 |
| <b>Liturgische Institute starten Untersuchung zu Wort-Gottes-Feiern</b>     | 12 |
| <b>St. Pölten: Emmaus errichtet Synergiezentrum und Wohngruppenhaus</b>     | 13 |
| <b>Neue Ökumene-Initiative in Tirol</b>                                     | 13 |
| <b>"Breiter Horizont": Festschrift würdigt Kirchenhistoriker Klieber</b>    | 14 |

---

## VATIKAN & AUSLAND

---

|                                                                          |                                    |
|--------------------------------------------------------------------------|------------------------------------|
| <b>Generalaudienz: Papst würdigt ermordete spanische Missionarin</b>     | 15                                 |
| <b>Vatikan und Weltkirchenrat fördern christliche Friedenserziehung</b>  | 15                                 |
| <b>Vatikan: Österreichische Priesteramtskandidaten trafen Papst</b>      | 16                                 |
| <b>Papst begrüßt Theologiestudierende aus Österreich</b>                 | Fehler! Textmarke nicht definiert. |
| <b>Vatikan gibt Thema des nächsten Weltfamilientreffens bekannt</b>      | 17                                 |
| <b>Gaza-Streifen: Caritas warnt vor weiterer Gewalt</b>                  | 18                                 |
| <b>Nahost-Bischöfe beklagen wachsenden Hass und Demagogie</b>            | 19                                 |
| <b>Kirchenrechtler: Amazonassyode öffnet Tür zu Viri probati</b>         | 20                                 |
| <b>Deutsche Orden wollen 2020 Erhebung zu sexueller Gewalt vorlegen</b>  | 20                                 |
| <b>Missbrauchstäter des Canisius-Kollegs aus Priesterstand entlassen</b> | 21                                 |
| <b>Prag: Verfassungsbeschwerde wegen Steuer auf Kirchenentschädigung</b> | 22                                 |
| <b>2.500 Menschen beten in Paris für Komapatient Vincent Lambert</b>     | 22                                 |
| <b>Serbische Kirche für Dialog mit mazedonischen Orthodoxen</b>          | 23                                 |
| <b>Kurienkardinal Filoni besucht im Auftrag des Papstes Sri Lanka</b>    | 24                                 |
| <b>Polizei in Nicaragua blockiert Kathedrale von Managua</b>             | 24                                 |
| <b>Papst ernennt zwei neue Weihbischöfe für Santiago de Chile</b>        | 25                                 |
| <b>Tote bei Schießerei in brasilianischer Kirche</b>                     | 25                                 |
| <b>Ordensfrau in Zentralafrikanischer Republik brutal ermordet</b>       | 25                                 |
| <b>Katholischer Priester in Mosambik erstochen</b>                       | 26                                 |
| <b>Zunehmend mehr Entführungen in Nigeria: Pastor unter Opfern</b>       | 26                                 |

---

## REGIERUNGSKRISE

---

### **Bischofskonferenz: Das Gemeinsame vor das Trennende stellen**

**Kardinal Schönborn und Erzbischof Lackner in Erklärung der Bischofskonferenz zur aktuellen politischen Situation: "Demokratie lebt vom Vertrauen" - Verantwortungsvolle Politik sucht in der Krise Gespräch über Fraktionsgrenzen hinweg und nicht den kurzfristigen Erfolg**

Wien, 22.05.2019 (KAP) Die Katholische Kirche in Österreich appelliert an alle politisch Verantwortlichen, in der gegenwärtigen Regierungskrise das Gemeinwohl und das Vertrauen in die demokratische Ordnung vor kurzfristige Parteiinteressen zu stellen. Alle staatstragenden Institutionen des Landes müssten zudem weiter voll handlungsfähig bleiben, heißt es in einer von Kardinal Christoph Schönborn und dem Salzburger Erzbischof Franz Lackner im Namen der Österreichischen Bischofskonferenz am Mittwoch abgegebenen Erklärung. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und sein Stellvertreter danken und unterstützen ausdrücklich den Bundespräsidenten in seinem Bemühen um Stabilität und das nötige Vertrauen. An alle politischen Akteure appellieren die Bischöfe, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen.

Die Veröffentlichung des sogenannten "Ibiza-Videos" habe bei vielen Menschen im In- und Ausland ein verstörendes Bild von Politik entstehen lassen und das Vertrauen in die vom Volk gewählten politischen Vertreter schwer erschüttert, so Schönborn und Lackner: "Die österreichische Bundesregierung steckt in einer ernsthaften Krise."

#### **„Krise nicht größer machen, als sie ist“**

Nun seien verantwortungsvolle Entscheidungen im Blick auf das Gemeinwohl nötig, "um die Lage wieder zum Besseren zu wenden". Dabei sei von allen das "rechte Augenmaß" gefordert, "um eine Krise nicht größer zu machen, als sie ist". Vor diesem Anspruch stünden jetzt die von der Verfassung dazu berufenen Institutionen des Landes. "Der Rücktritt des Vizekanzlers und die bisherigen Entscheidungen des Bundespräsidenten sowie des Bundeskanzlers, die auf baldige Neuwahlen abzielen, sind rasch erfolgt. Damit ist die Zuversicht gewachsen, dass die mit dem Video aufgeworfenen Fragen zügig, transparent und

umfassend aufgeklärt werden", heißt es in der Erklärung wörtlich.

Freilich: Damit dies gelingen kann, müssten alle staatstragenden Institutionen des Landes - Parlament, Regierung und Rechtsprechung - auf Basis der Rechtsordnung weiter voll handlungsfähig bleiben. Dies zu gewährleisten sei die zentrale Aufgabe von Bundespräsident Alexander Van der Bellen. Die österreichischen Bischöfe danken in ihrer Erklärung dem Staatsoberhaupt "für sein um- und weitsichtiges Bemühen um Stabilität und das nötige Vertrauen" und sie sichern ihm für seine Bemühungen ihre volle Unterstützung zu.

#### **Missgunst lässt Vertrauen schwinden**

Schönborn und Lackner halten weiters fest: "Missgunst unter politischen Verantwortungsträgern führt zu sinkendem Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen. Deshalb appellieren wir an die Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung, die politischen Parteien und alle Mandatäre des Hohen Hauses, das konstruktive Gespräch über Fraktionsgrenzen hinweg zu suchen und zu führen." Wer in dieser Situation leichtfertig die staatlichen Institutionen schwächt, um kurzfristig politische Vorteile für sich zu erhoffen, "kann unserem Land und seinen Menschen langfristig schweren Schaden zufügen". Programmatisch lautet denn auch der Titel der Erklärung: "Demokratie lebt vom Vertrauen".

Die Bischöfe erinnern, dass Österreich in der Zweiten Republik alle Krisen und großen Weichenstellungen gemeistert habe, "weil das Gemeinsame stärker war als das Trennende. Um diese Haltung ersuchen wir alle politisch Verantwortlichen sowie die Menschen im Land. Und dafür beten wir auch." (Erklärung im Wortlaut unter [www.bischofskonferenz.at](http://www.bischofskonferenz.at))

## Politik: Zsifkovics spricht von "moralischer Sonnenfinsternis"

**Eisenstädter Bischof im Interview mit "Vatican News": Vorgänge rund um das "Ibiza-Video" sind "österreichisches Watergate" - In Kirchenzeitung "Sonntag" zum zunehmenden Nationalismus: "Mensch hat aus der Geschichte nicht viel gelernt"**

Eisenstadt-Vatikanstadt, 22.05.2019 (KAP) Der Eisenstädter Bischof Āgidius Zsifkovics vertraut angesichts der aktuellen politischen Turbulenzen darauf, dass Österreichs Institutionen und Demokratie stark genug seien, "dass wieder Licht in diese moralische Sonnenfinsternis kommt", wie er im Interview mit "Vatican News" betonte. Er hoffe, dass nun erst recht viele Menschen zur Europawahl am kommenden Sonntag gehen, um die Zukunft mitzugestalten, so Zsifkovics. Für ihn seien die Vorgänge rund um das "Ibiza-Video" ein "österreichisches Watergate".

Der "Europa-Bischof" in der Österreichischen Bischofskonferenz sah in dem Skandal um Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache auch die Hersteller des Videos im moralischen Zwielficht. Zwar seien die Aussagen Straches "völlig inakzeptabel und voll abzulehnen", doch im Hintergrund gebe es auch noch jene "Kräfte", die Strache heringelegt hätten. "Diese Kräfte, das ist etwas Grausames. Das ist auch abzulehnen." Der Eisenstädter Bischof verlangte eine vollständige Aufklärung über die Hintergründe des heimlichen Mitschnitts: "Moralisch einwandfrei, würde ich sagen, sind beide Seiten nicht. Weder die vor der Kamera, noch die hinter der Kamera."

Zsifkovics weiter: "Was hier passiert ist, ist sicher nicht förderlich für Europa. Gerade in einer Zeit, wo Politikverdrossenheit in der Bevölkerung und vor allem bei den jungen Menschen vorhanden ist, stimmten ihm solche Vorfälle "sehr traurig". Er hoffe sehr, so der Bischof, dass nun viele Menschen ganz bewusst zu den EU-Wahlen gehen "und politisch mitgestalten, nicht nur aus der ersten Reihe fußfrei sich zurücklehnen und nur kritisieren". Bei dieser Europawahl gehe es um eine wesentliche Entscheidung, nämlich "ob der gemeinsame Weg in Europa fortgesetzt wird oder nicht. Das heißt, ob das Friedensprojekt, das Sicherheitsprojekt, aber auch das Rechtsprojekt weitergeht."

### Alle ins Boot Europa hineinnehmen

Ein Europa-Plädoyer legte der Bischof auch in der aktuellen Ausgabe der Wiener Kirchenzeitung "Der Sonntag" ab: "Europa ist nicht nur auf Wirtschafts- und Rechtsverträgen gegründet, sondern

wir müssen die Seele des Menschen berücksichtigen. Wir haben einen großen Bruch zwischen West- und Osteuropa. Dieser ist noch immer nicht überwunden. Es ist unsere, vor allem meine Aufgabe, als kleine Brücke zwischen den beiden Teilen Europas alle mit ins Boot hineinzunehmen." Zsifkovics spielte damit zum einen auf seine Rolle als Europa-Beauftragter in der Bischofskonferenz ab, zum anderen auf die geografische und kulturelle Lage des Burgenlands am ehemals Eisernen Vorhang.

Der zunehmende Rechtsruck bzw. Nationalismus in Europa bereite ihm große Sorgen, bekannte der Bischof weiter im Interview: "Der Mensch hat aus der Geschichte nicht viel gelernt. Vor allem die ältere Generation müsste wissen, was es heißt, wenn es nur Nationalismus gibt, in welche fatale Ecke das Ganze gedrängt wird und was diese 'Ideologien' den Menschen letztlich gebracht haben." Europa sei ein großes Friedensprojekt, so Zsifkovics: "Das sollte man herausstreichen und nicht diese satanischen Floskeln, die die Menschen nur im Negativen stärken wollen und ihnen keine Zukunft bringen."

Für den Bischof sollte Europa "ein Kontinent mit vielen verschiedenen Menschen, Sprachen, Ethnien, Konfessionen und Religionen sein, wo wir aufgrund unserer alten europäischen Werte ein friedliches und offenes Zusammenleben pflegen, wo man den Mitmenschen nicht als Konkurrenten sieht, sondern vielmehr als eine wertvolle Ergänzung für das Gesamte."

### Gegen "gravierendes Update der EU"

Einmal mehr zeigte sich der Europabischof skeptisch, ob die von Bundeskanzler Sebastian Kurz geforderte Neuverhandlung der EU-Verträge sinnvoll ist. Zsifkovics hielt den Zeitpunkt für unpassend. "Ob in dieser schwierigen, instabilen Situation jetzt wirklich ein so gravierendes Update der EU nötig ist, bin ich mir nicht ganz sicher. Ein Aufschneiden des Lissabon-Vertrages wäre eine große Gefahr, dass da vieles zu Fall kommt."

Die Ansicht, dass die Politik, die in Brüssel betrieben wird, dem Christentum schade, teilte der Bischof nicht. "Im Europäischen Parlament sitzen sehr viele Christen und wenn diese wirk-

lich nach ihrer Überzeugung abstimmen würden, dann müssten manche Gesetze anders aussehen", sagte der Bischof: "Ich appelliere sehr an unsere eigenen Parlamentarier, dass sie zu ihrem Christsein stehen und dies auch in der politischen Fragestellung seinen Niederschlag findet."

Auch im "Sonntag" appellierte der Bischof zur Teilnahme an der EU-Wahl: "Es gehört zur

Pflicht eines jeden Staatsbürgers und vor allem Christen, dass er sich für das gemeinsame Größere mit dem Urnengang einsetzt." Er wolle alle Wahlberechtigten ermutigen, diesen Schritt zur Wahl zu tun. Nachsatz: "Wir sollten es nicht irgendwelchen Fundamentalisten überlassen, dass sie, ganz so wie beim Brexit, für viele eine schreckliche Zukunft bestimmen."

## **Bischof Bünker: Demokratie braucht Tugenden**

### **Dank an Bundespräsident Alexander Van der Bellen für "umsichtiges und besonnenes Wirken"**

Wien, 22.05.2019 (KAP) Zur aktuellen politischen Situation hat sich am Mittwoch auch der evangelisch-lutherische Bischof Michael Bünker geäußert. "Demokratie braucht Tugenden", bekräftigte er gegenüber dem Evangelischen Pressedienst (epd-Ö). "Demokratie lebt davon, dass rechtsstaatliche Prinzipien eingehalten werden. Es braucht aber auch Haltungen, die die Demokratie stützen", so der Bischof. Das verpflichte Bürger, Medien und insbesondere die politischen Verantwortungsträger. Wie sehr diese demokratischen Haltungen durch Fehlverhalten beschädigt werden könne, sehe man an den Vorfällen der jüngsten Zeit, bedauerte Bünker. Daher sei es wichtig, "dass das Vertrauen in die demokratischen Institutionen gestärkt wird".

Ausdrücklich dankte er in diesem Zusammenhang Bundespräsident Alexander Van der

Bellen "für das umsichtige und besonnene Wirken". Und vor allem sei er für die Mahnung dankbar, "dass durch das Fehlverhalten einzelner das grundsätzliche Vertrauen in Politikerinnen und Politiker nicht beschädigt werden darf". Im Hinblick auf die EU-Wahlen am Sonntag rief Bischof Bünker zur breiten Beteiligung auf, denn "Demokratie braucht engagierte Bürgerinnen und Bürger".

Bünker zitierte abschließend den deutsch-amerikanischen evangelischen Theologen Reinhold Niebuhr (1892-1971), der bereits 1947 gemeint hatte: "Des Menschen Sinn für Gerechtigkeit macht Demokratie möglich, seine Neigung zur Ungerechtigkeit aber macht Demokratie notwendig."

## **Landau: Kickls 1,50 Euro-Verordnung sofort zurücknehmen**

### **Caritas-Präsident richtet Appell an Übergangsregierung - Künftiger Innenminister sollte 1,50-Euro-Verordnung zu Stundenlohn für Asylwerber rasch zurücknehmen: "Das ist keine Frage des Rechts, sondern des Anstands"**

Wien, 22.05.2019 (KAP) Scharfe Kritik an Ex-Innenminister Herbert Kickl hat Caritas-Präsident Michael Landau am Mittwoch geübt. In einer Aussendung zeigte er kein Verständnis für die letzte Amtshandlung des bisherigen Innenministers. Dieser hatte noch am Dienstag eine Verordnung zur Senkung des Stundenlohns für Asylwerber für gemeinnützige Tätigkeiten auf 1,50 Euro erlassen.

"Es ist eine Verordnung, die von Ländern und Gemeinden in der Begutachtung mehrheitlich abgelehnt wird. Eine Verordnung, die die Integration von geflüchteten Menschen erschwert,

anstatt sie zu erleichtern. Und ein symbolischer Akt, der sachlich nicht gerechtfertigt, sondern offensichtlich populistisch motiviert ist. Ein so geringer Betrag für das Verrichten von gemeinnütziger Arbeit ist beschämend und nicht nachvollziehbar", so Landau.

Er richte jetzt seinen Appell an den neuen Innenminister der Übergangsregierung: "Ich appelliere an den künftigen Innenminister, die 1,50-Euro-Verordnung zurückzunehmen und dem mehrheitlichen Willen der Länder und Gemeinden Rechnung zu tragen. Das ist keine Frage des Rechts, sondern eine Frage des Anstands."

## "Demokratie lebt vom Vertrauen"

### Wortlaut der Erklärung der Bischofskonferenz zur Regierungskrise in Österreich

Wien, 22.05.2019 (KAP) *Die Katholische Kirche in Österreich appelliert an alle politisch Verantwortlichen, in der gegenwärtigen Regierungskrise das Gemeinwohl und das Vertrauen in die demokratische Ordnung vor kurzfristige Parteiinteressen zu stellen. Alle staatstragenden Institutionen des Landes müssten zudem weiter voll handlungsfähig bleiben, heißt es in einer von Kardinal Christoph Schönborn und dem Salzburger Erzbischof Franz Lackner im Namen der Österreichischen Bischofskonferenz am Mittwoch abgegebenen Erklärung. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und sein Stellvertreter danken und unterstützen ausdrücklich den Bundespräsidenten in seinem Bemühen um Stabilität und das nötige Vertrauen. An alle politischen Akteure appellieren die Bischöfe, das Gemeinsame vor das Trennende zu stellen. Kathpress dokumentiert den Wortlaut der Erklärung wie folgt:*

#### "Demokratie lebt vom Vertrauen"

Erklärung der Bischofskonferenz zur Regierungskrise in Österreich

Die Veröffentlichung des sogenannten "Ibiza-Videos" hat bei vielen Menschen im In- und Ausland ein verstörendes Bild von Politik entstehen lassen und das Vertrauen in die vom Volk gewählten politischen Vertreter schwer erschüttert. Die österreichische Bundesregierung steckt in einer ernsthaften Krise.

Nun sind verantwortungsvolle Entscheidungen im Blick auf das Gemeinwohl nötig, um die Lage wieder zum Besseren zu wenden. Dabei ist von allen das rechte Augenmaß gefordert, um eine Krise nicht größer zu machen, als sie ist. Vor diesem Anspruch stehen jetzt die von der Verfassung dazu berufenen Institutionen des Landes. Der Rücktritt des Vizekanzlers und die bisherigen

Entscheidungen des Bundespräsidenten sowie des Bundeskanzlers, die auf baldige Neuwahlen abzielen, sind rasch erfolgt. Damit ist die Zuversicht gewachsen, dass die mit dem Video aufgeworfenen Fragen zügig, transparent und umfassend aufgeklärt werden.

Damit dies gelingen kann, müssen alle staatstragenden Institutionen des Landes - Parlament, Regierung und Rechtsprechung - auf Basis der Rechtsordnung weiter voll handlungsfähig bleiben. Dies zu gewährleisten, ist die zentrale Aufgabe des Bundespräsidenten. Die österreichischen Bischöfe danken dem Staatsoberhaupt für sein um- und weitsichtiges Bemühen um Stabilität und das nötige Vertrauen und sichern ihm darin ihre volle Unterstützung zu.

Missgunst unter politischen Verantwortungsträgern führt zu sinkendem Vertrauen der Bevölkerung in die demokratischen Institutionen. Deshalb appellieren wir an die Mitglieder der Österreichischen Bundesregierung, die politischen Parteien und alle Mandatäre des Hohen Hauses, das konstruktive Gespräch über Fraktionsgrenzen hinweg zu suchen und zu führen. Wer in dieser Situation leichtfertig die staatlichen Institutionen schwächt, um kurzfristig politische Vorteile für sich zu erhoffen, kann unserem Land und seinen Menschen langfristig schweren Schaden zufügen.

Österreich hat in der Zweiten Republik alle Krisen und großen Weichenstellungen gemeistert, weil das Gemeinsame stärker war als das Trennende. Um diese Haltung ersuchen wir alle politisch Verantwortlichen sowie die Menschen im Land. Und dafür beten wir auch.

Kardinal Dr. Christoph Schönborn  
Erzbischof Dr. Franz Lackner

---

## I N L A N D

---

### Thema Frauen und Kirche: "Fenster der Geduld" schließt sich

**Kfbö-Vorsitzende Pernsteiner: "Frauen sind selbstbewusster geworden", ihr Ruf wird aber "leider nicht gehört" - Die in Österreich, Deutschland und der Schweiz gerade laufenden Frauen-Proteste bringen Kirche weiter, "dennoch braucht es noch langen Atmen und viele Schritte" - Auch Innsbrucker Theologin Findl-Ludescher für Frauenordination**

Wien, 22.05.2019 (KAP) In der Frauenfrage innerhalb der Kirche geht das "Fenster der Geduld" seitens der Betroffenen immer weiter zu. Das hat die Vorsitzende der Katholischen Frauenbewegung Österreichs (kfbö), Veronika Pernsteiner, in der aktuellen Ausgabe der Kooperationsredaktion österreichischer Kirchenzeitungen festgestellt. "Die Frauen sind selbstbewusster geworden", ihr Ruf werde "aber leider nicht gehört" oder dürfe nicht gehört werden, so Pernsteiner.

Die gerade in Österreich, Deutschland und der Schweiz laufenden Frauen-Proteste brächten die Kirche in der Frauenfrage ein Stück weiter, "dennoch braucht es noch viele Schritte und einen langen Atem", so die Einschätzung der kfbö-Vorsitzenden. Denn das "Machtgefälle zwischen Mann und Frau" sei in Tausenden von Jahren gewachsen. Dieses aufzulösen werde nicht innerhalb einer Generation passieren. Angesichts solcher historischer Hypothesen gestalte sich auch die Umsetzung etwa des Frauendiakonats schwierig, sagte Pernsteiner.

#### **Frauen sollten „auf Augenhöhe sein“**

Dass es seitens des Papstes keine endgültige und klare Entscheidung über das Frauendiakonat oder das Frauenpriestertum gebe, ist für die Vorsitzende enttäuschend, "weil ich von diesem Papst sehr viel Weitblick spüre". Dabei sei der biblische Befund dazu sehr klar: "Maria Magdalena war die erste Verkündigerin der Auferstehung Jesu." Dies könne durchaus als theologische Argumentation dafür herhalten, "dass Frauen auf Augenhöhe mit den Männern Kirche und Welt gestalten". Pernsteiner sprach sich klar für das Weihenamt für jene Frauen aus, die den Ruf dazu spürten. "Ich möchte in einer Kirche sein, wo ich gleichwertig Liturgie feiern und gleichwertig Funktionen einnehmen kann zur Gestaltung von Kirche und Welt. In der Liturgie entfaltet sich ja sichtbar und spürbar, wie wir Gemeinschaft leben."

Eine Empfehlung, aus der Kirche auszutreten, wolle sie nicht aussprechen, denn es sei besser "aufzutreten, als auszutreten", so Pernsteiner. Schließlich könne man nur von innen heraus etwas verändern. "Je mehr Frauen wir sind und dazu öffentlich eintreten und sagen, wie wichtig es uns ist, dass Männer und Frauen in der Kirche auf gleicher Höhe miteinander leben können sollten, und wie wertvoll uns die Kirche ist, in der wir uns stärken und auch gemeinsam feiern, desto mehr wird das gehört und stärkt auch andere - auch die vielen solidarischen Männer, die es gibt." Für die kfbö-Vorsitzende wäre es "das Schönste, wenn aus Rom das Signal käme, dass Frauen und Männer am Tisch Jesu gleich hohe Sessel haben".

Soll der Wandel hin zu mehr Gleichberechtigung in der Kirche gelingen, brauche es bereits innerhalb der Familie Änderungen; Strukturen der Macht müssten aufgelöst werden, es müsse sich in der Priesterausbildung und in der Sexualmoral der Kirche etwas ändern - und natürlich brauche es auch einen Bewusstseinswandel in der Öffentlichkeit, betonte Pernsteiner. Schließlich gehe es nicht nur um die Kirche, sondern auch um die Gesellschaft. "Frauenarbeit ist noch immer schlechter bezahlt als Männerarbeit."

#### **Es gibt auch Positives**

Positiv wertete Pernsteiner im Blick auf die Kirche, dass vermehrt Frauen in der Seelsorge, auch in Leitungs- und Führungspositionen auch auf Vatikan-Ebene arbeiteten. Papst Franziskus habe etwa u.a. erstmals auch Frauen zu Beraterinnen der Glaubenskongregation berufen. Den Missbrauch an Ordensfrauen durch kirchliche Amtsträger führt die Vorsitzende auf die Überhöhung der Geweihten zurück, die ihre Macht dazu benutzten, körperlich, seelisch und spirituell Missbrauch zu betreiben. "Frauen wurden und werden auch dadurch unter Druck gesetzt, indem ihnen z.B. von Priestern gesagt wird, dass sie sich

versündigen und Gott sie nicht mehr lieben wird, wenn sie dieses oder jenes tun. Auch das ist Missbrauch und schwer zu verurteilen."

### **Pastoraltheologin für Weiheamt für Frauen**

Dezidiert für die Öffnung der Weiheämter für Frauen hat sich auch die an der Universität Innsbruck lehrende Pastoraltheologin Anna Findl-Ludescher ausgesprochen. "Nicht nur Männer, auch Frauen spürten den Ruf Gottes", so die geschäftsführende Vorsitzende des Österreichischen Pastoralinstituts in derselben Kirchenzeitungsausgabe. Berufung sei zunächst ein Begriff, der für alle Menschen gelte, nicht nur für Christen. Heikel werde es dann, wenn es darum gehe, die Berufung in einem kirchlichen Weiheamt zu leben. Dies sollte für Frauen und Männer möglich sein. "Es gibt für mich keine passende Begründung, das nicht zu wollen", so Findl-Ludescher. "Die Ebenbildlichkeit Gottes gilt für beide Geschlechter und es ist ein notwendiger Schritt, dass wir nicht nur die Arbeit, sondern auch die Verantwortung in der Kirche teilen."

Vermehrt fühlten sich auch Frauen dazu berufen, Diakonin oder Priesterin zu werden,

wies Findl-Ludescher hin. "Dass es ihnen immer noch verwehrt ist, das zu leben, wollen viele von ihnen nicht mehr hinnehmen." Frauen seien bis jetzt immer eine besonders kirchentreue Gruppe gewesen, nun sei im westeuropäischen Raum ein Bruch erfolgt. "Die meisten jungen Frauen, auch Männer, sehen die Kirche als schrägen Verein an, weil die traditionellen Geschlechterrollen hochgehalten werden", so die Theologin. Wenn die Kirche nichts daran ändere, sei das im Grunde eine Entscheidung, nicht mehr Volkskirche, sondern künftig eine Randkirche zu sein. Insofern sind die gegenwärtigen Proteste für Findl-Ludescher ein positives, Mut machendes Signal.

Eine Öffnung für Frauen würde auch das Thema Missbrauch entschärfen, zeigte sich die Theologin überzeugt. Dass es Missbrauch dann nicht mehr geben werde, heiße das nicht, "aber durch eine Ausgewogenheit würde sich das reduzieren. In der derzeitigen Struktur ist die Versuchung für Priester gegeben, dass sie sich als geistliche Führer ins Spiel bringen, als Zwischeninstanz zu Gott und dadurch unmäßigen und gefährlichen Einfluss nehmen können."

## **Glettler: Kirche muss bei wichtigen Themen "intervenieren"**

**Innsbrucker Bischof bei "Dies facultatis" und Diözesanitag: Kirche soll "sympathische und unaufdringliche" Präsenz zeigen - Kräutler zu Abholung: "Wir tun so, als wären wir die letzten"**

Innsbruck, 22.05.2019 (KAP) Die Kirche hat die Aufgabe, "sympathische und unaufdringliche" Präsenz zu zeigen und bei den wichtigen Themen "kritisch zu intervenieren". Das betonte Bischof Hermann Glettler beim diesjährigen Innsbrucker Diözesanitag, gleichzeitig "Dies facultatis" an der Theologischen Fakultät Innsbruck. Er plädierte am Dienstag für eine Rückkehr der Religionen in den öffentlichen Raum, "weil Religion etwas Wesentliches unseres Menschseins meint, eine Grundausrichtung unseres Lebens auf ein Woher und Woraufhin, weshalb sie nichts in der folkloristischen Dekorkiste zu suchen hat". Religion biete dem Individuum eine Gewissheit von Zugehörigkeit, die sich positiv auf das gesellschaftliche Gefüge auswirke, so der Bischof.

Weniger erfreulich sei die Rückkehr von Religion allerdings unter dem Gesichtspunkt, dass "institutionalisierte Religionen auch in missbräuchlicher Weise Macht ausüben können". Besonders verquickt mit staatlicher Macht hält der

Bischof Religion für gefährdet, ihre eigentliche Sendung zu verlieren. "In jedem Fall sind religiöse Erscheinungsformen individueller und wesentlich pluraler geworden, vielfach losgelöst von institutionellen Strukturen."

Nicht außer Acht zu lassen sind laut Glettler die wichtigen Funktionen, die die Kirche in der Gesellschaft bereits erfülle. "Sie ist die größte Kulturerhalterin des Landes Tirol mit den vielen Kirchen und Kunstschätzen. Das soziale Engagement, der Einsatz für die Schwächsten, gehört seit jeher zum Herzschlag der Kirche", so Glettler. Die Institution müsse wieder mehr "vom Reden ins Tun" kommen, die "Begegnung mit Gott ermöglichen, aber keine Propaganda betreiben".

### **Kräutler kritisiert ökologische Ignoranz**

Neben Bischof Glettler nahm auch der brasilianisch-österreichische Altbischof von Altamiraxingu, Erwin Kräutler, an der Veranstaltung unter dem Titel "Religion im öffentlichen Raum" teil.

"Wir tun so, als wären wir die letzten", machte er dabei auf die dramatischen Folgen der Abholzung des Regenwaldes aufmerksam. In seinem Vortrag erinnerte er sich an den Beginn seiner Tätigkeit in Amazonien und das damals noch vollkommen intakte Ökosystem. Heute sei das Gebiet weitgehend nicht wiederzuerkennen. Die unmittelbaren Auswirkungen der Klimaerwärmung seien in Brasilien deutlich spürbar. "Die Temperaturen sind so angestiegen, dass es bereits jetzt im Freien oft nicht mehr auszuhalten ist", berichtete Kräutler.

In leidenschaftlichen Worten verurteilte er ökologische Ignoranz. "Jene, die heute politisch verantwortlich sind, werden die Folgen ihrer Untätigkeit nicht mehr erleben." Deutliche Kritik übte der Bischof an der aktuellen politischen Führung in Brasilien unter Präsident Jair Bolsonaro. Unverhohlen agiere dieser gegen die in der Verfassung verankerten Rechte der indigenen Bevölkerung, indem er versuche, deren angestammtes Land wegzunehmen. "Aber wir kämpfen", so der Bischof.

Ausführlich legte Kräutler auch Vorschläge zur Erneuerung der Kirche vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in Brasilien dar, wo er 54 Jahre lang als Priester und 38 Jahre lang als Bischof tätig war. Er ging dabei auf die kirchlichen Basisgemeinden ein, die "völlig zu Unrecht als marxistisch verpönt" gewesen, aber durch ihr stark mystisches Glaubenszeugnis zu Keimzellen der Erneuerung der Kirche geworden seien.

### **Zu wenige Priester für Eucharistie**

"Was uns aber fehlt und worauf wir pochen, ist die Eucharistie, das Zentrum unseres Glaubens." Aufgrund der geringen Zahl an Priestern könnten diese aber nur bis zu drei Mal im Jahr Eucharistie feiern. "Die Priester kommen für ein paar Stunden, dann sind sie wieder weg, das ist schrecklich", so der Bischof. Bei den evangelikalen Gemeinden sei das anders. "Die Pastoren sind da, unsere Priester kommen und gehen." Für ihn mit ein Grund für den Zulauf, den evangelikale Gemeinden haben.

Veränderungen wünscht sich Bischof Kräutler auch im Blick auf die Zugangsmöglichkeiten von Frauen zum Amt in der Kirche: "Warum kann eine Frau nicht Diakonin werden? Warum können sie nicht die Krankensalbung spenden?" Mit Blick auf die kommende Amazonas-Synode im Herbst in Rom appellierte Bischof Kräutler an die Teilnehmer: "Beten wir, dass die Synode Wunder wirkt. Es ist an der Zeit!"

Mehr als 150 in Wissenschaft und Seelsorge Tätige fanden sich am Dienstag beim "Dies facultatis" der Theologie der Universität Innsbruck und beim Diözesantag zusammen und gingen u.a. den Fragen "Hat Religion, wenn sie organisiert und institutionalisiert ist, keinen Platz mehr in der Gesellschaft?" oder "Wo könne und dürfen sich Priester und Laien einbringen?" nach.

## **Familienverbände gegen "weitere Ökonomisierung der Lebenswelt"**

### **Gemeinsame Erklärung des Katholischen Familienverbände aus Österreich und Deutschland zur Europawahl - KFÖ-Präsident Trendl: "Familien als Fundament Europas stärken"**

Wien-Berlin, 22.05.2019 (KAP) Die katholischen Familienverbände Österreichs und Deutschlands wenden sich anlässlich der Europawahl gegen eine "weitere Ökonomisierung der Lebenswelt". In einer gemeinsamen Mitteilung hieß es am Mittwoch: "Familien dürfen nicht zur Verfügungsmasse ökonomischer Interessen werden." Die Europäische Union müsse verstärkt dafür sorgen, den besonderen Schutz von Familien zu garantieren. Der Weg zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf solle weiterverfolgt werden.

"Familien als Fundament Europas müssen durch ein stärkeres sozial- und familienpolitisches Profil der EU gestärkt werden", betonte der Präsident des Katholischen Familienverbandes

des Österreich, Alfred Trendl: "Erst durch eine stimmige Sozial- und Familienpolitik wird europäische Wirtschaftspolitik zukunftsfähig."

Die beiden Verbände riefen dazu auf, bei der Wahl am kommenden Sonntag "in christlicher Verantwortung" für das Gemeinwohl zu stimmen. "Dem Gedanken der europäischen Einigung liegt ein zutiefst christliches und würdiges Menschenbild zugrunde", erklärte der Präsident des deutschen Familienbunds der Katholiken, Ulrich Hoffmann. "Das Friedensprojekt Europa zu unterstützen, muss unser aller Anspruch sein." Der europäische Gemeinschaftsgedanke sei ohne Familien nicht zu denken.

Trendl und Hoffmann mahnten zur Bewältigung wichtiger politischer Fragen, von denen auch die Zukunft von Familien abhängt. "Dazu gehört die Bewältigung des Klimawandels

und die umfassende Bewahrung der Schöpfung ebenso wie die in unseren Tagen nicht eben leichter gewordene Friedenssicherung."

## Scharl: Wichtiger Beitrag der Kirche zu Kriminalitätsvorbeugung

### Wiener Weihbischof bei internationaler Tagung des UNO-Büros für Drogen- und Verbrechensbekämpfung und des KAICIID in Wien

Wien, 22.05.2019 (KAP) Auf die vielfältigen Bemühungen der katholischen Kirche im Bereich der Gefängnisseelsorge und Rehabilitation von Haftentlassenen hat der Wiener Weihbischof Franz Scharl hingewiesen. Scharl hielt einen entsprechenden Vortrag am Dienstag bei einer internationalen Tagung in Wien, zu der das in Wien ansässige UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und das Wiener KAICIID-Dialogzentrum geladen hatten. Die Konferenz stand unter dem Schwerpunkt, welchen Beitrag zur Kriminalitätsvorbeugung kirchliche bzw. religiöse Organisationen leisten können.

Mit Verweis auf Papst Franziskus sprach Bischof Scharl davon, dass die Kirche bei all ihren Aktivitäten die "integrale Entwicklung der menschlichen Person im Lichte des Evangeliums" im Blick habe. Besondere Bedeutung komme dabei der Familie zu, "und zwar sowohl bei Kriminalitätsprävention, wie auch bei Resozialisierung und Reintegration in die Gesellschaft". Scharl ist in der Erzdiözese Wien u.a. Bischofsvikar für die Kategoriale Seelsorge, zu deren Bereich auch die Gefängnisseelsorge zählt.

Echte Resozialisierung braucht laut Weihbischof Scharl zuvor auch eine echte Umkehr und ein ehrliches Schuldeingeständnis des Verurteilten. Darauf lege er auch im Rahmen der Gefängnisseelsorge großen Wert. Zugleich gelte es, bei den positiven Fähigkeiten der Haftinsassen anzusetzen und daraus Zukunftsperspektiven zu entwickeln. Einen wesentlichen positiven Einfluss auf die Atmosphäre in den Gefängnissen wie auch für die Persönlichkeitsentwicklung der Insassen hätten spirituelle Angebote, unterstrich Scharl, seien es die persönliche spirituelle Begleitung oder auch Bibel bzw. Alpha-Kurse, in denen der Glaube in Gruppen zur Sprache kommt. Er habe auch schon so manche fundamentale Bekehrung bei Gefangenen miterlebt, sagte der Bischof. Und es gebe auch Ex-Häftlinge, die nun selbst im seelsorglichen Dienst stehen würden.

Die Gefängnisseelsorge setze zudem auf so viel Kooperation wie möglich, betonte Scharl. Das betreffe etwa die Zusammenarbeit mit Psychologen, Medizinerinnen oder Drogenexperten.

#### Begleitung nach der Haft

Die besten Bemühungen im Gefängnis nützten oft freilich wenig, wenn es nach der Entlassung nicht auch weitere Unterstützung gibt. Das betreffe etwa eine erste Wohnmöglichkeit und Hilfe bei der Suche nach Arbeit. Dazu komme auch die weitere spirituelle Begleitung der Haftentlassenen. "Die Kirche muss diesen Manchen nahe sein", so die Forderung des Weihbischofs.

In der Erzdiözese Wien gibt es aktuell vier hauptamtliche und rund 25 ehrenamtliche Gefangenenseelsorger. Dazu besteht mit dem "Verein für Integrationshilfe" seit den 1970er-Jahren eine eigene Einrichtung, die sich um Haftentlassene kümmert. Der Verein führt eine Beratungsstelle (Blutgasse 1), ein Wohnheim (Wohnhaus Mariahilf, Sandwirtgasse 5) sowie Startwohnungen. Ein kleines Team von Hauptamtlichen und viele Ehrenamtliche bemühen sich dabei, die Haftentlassenen zurück in die Gesellschaft und ein eigenständiges Leben zu begleiten.

#### Kooperationen Staat-Kirche

Weihbischof Scharl hob am Rande der Konferenz gegenüber "Kathpress" auch die Notwendigkeit der Zusammenarbeit von staatlichen und kirchlichen Stellen bei der Prävention von Verbrechen wie auch im Bereichen von Haft und Resozialisierung hervor. Der Bischof verwies auch darauf, dass die Erzdiözese Wien gemeinsam mit dem Justizministerium einen hochrangigen regelmäßigen Austausch mit der russisch-orthodoxen Kirche zur Gefangenenseelsorge pflegt. Bei der jüngsten Tagung in Wien waren u.a. der Religionsdialog in der Gefangenenseelsorge sowie deren Beitrag zu Deradikalisierung von Gefangenen Thema.

## IGGÖ lädt zum interreligiösen Iftar-Abendmahl

**Neuer Nuntius in Österreich, Erzbischof Lopez, an der Spitze von Vertretern aus Kirchen und Religionen beim muslimischen Fastenbrechen - IGGÖ-Präsident Vural kritisiert Kopftuchverbot**

Wien, 22.05.2019 (KAP) Mehrfache Premiere beim bereits traditionellen interreligiösen Iftar-Abendmahl der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGÖ): Erstmals in seiner Funktion als IGGÖ-Präsident lud Ümit Vural Vertreter aus Kirchen, Religionen, Politik und Gesellschaft am Dienstagabend in Wien zum Fastenbrechen. Der Einladung folgte u.a. der neue Apostolische Nuntius in Österreich, Erzbischof Pedro Lopez Quintana. Für den Vertreter des Papstes war es damit auch sein erstes halboffizielles Auftreten bei einer Veranstaltung, an der u.a. etliche Diplomaten ausländischer Staaten anwesend waren. Schon der Amtsvorgänger des neuen Nuntius, Erzbischof Peter Stephan Zurbriggen, war in der Vergangenheit Gast beim interreligiösen Iftar-Essen gewesen.

Die katholische Kirche war weiters vertreten durch den Wiener Weihbischof Franz Scharl und den Generalsekretär der Bischofskonferenz, Peter Schipka. Auch der neue armenisch-apostolische Bischof Tiran Petrosyan, der evangelische Superintendent von Wien, Matthias Geist, und der evangelisch-methodistische Superintendent Stefan Schröckenfuchs waren anwesend.

### **Kritik am Kopftuchverbot**

Trotz Ramadan sind Muslime in Österreich "wütend" und würden sich nicht zuletzt wegen des in der Vorwoche im Parlament beschlossenen Kopftuchverbots als "Bürger zweiter Klasse" fühlen. Das betonte der IGGÖ-Präsident ohne Umschweife in seiner Ansprache und fragte: "Wo bleibt da der Aufschrei der Anständigen?" Das

Kopftuchverbot sei "destruktiv und desintegrativ", sagte Vural einmal mehr. Auf Wut darüber müsse jedoch Mut folgen. Muslime sollten den Beweis antreten, dass sie besser sind als das von Populisten über sie verbreitete Bild. Der oberste Repräsentant der Muslime schloss seine Rede mit Verweis auf die spirituelle Bedeutung des Ramadan: "Wir Muslime stärken uns durch das Fasten, besinnen uns auf das Wesentliche und erneuern uns dadurch."

Erstmals in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Wien unterstrich Michael Ludwig (SPÖ) das Bemühen der Stadt um ein gutes Zusammenleben der Kirchen und Religionen. Dafür stehe auch der in der Seestadt Aspern geplante "Campus der Religionen". Er sei dankbar, dass die Kirchen und Religionen aktiv an diesem Projekt mitwirken. Allein durch die Zusammenarbeit im Vorfeld der Realisierung könnten Fragen behandelt und gelöst werden, die das tägliche Miteinander betreffen, so Ludwig.

Der frühere ÖVP-Vizekanzler Erhard Busek unterstrich die fundamentale Bedeutung von Religion im Leben der Menschen: "Wir brauchen gerade heute den Weckruf der Religionen." Religiöse Werte wie Nächstenliebe oder Verantwortung für die Schöpfung würden auch weiterhin eine grundlegende Orientierung geben.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde auch auf das diesjährige 40-Jahr-Jubiläum der IGGÖ hingewiesen und Einblick in eine geplante TV-Dokumentation gewährt. Sie ist derzeit in Arbeit und soll im Herbst im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten präsentiert werden.

## Kirchliche Schulen: Regeln für Teilnahme an Klima-Demo

**Wiener diözesane Schulamtsleiterin Pinz verweist auf Erlass des Ministeriums: Keine generelle Teilnahme von Schülern an Klimastreik von "Fridays for Future" in der Schulzeit möglich**

Wien, 22.05.2019 (KAP) An diesem Freitag, 24. Mai, findet der zweite weltweite Klimastreik von Fridays for Future statt. In Wien ist der Treffpunkt (9 Uhr) und auch die Abschlusskundgebung (13 Uhr) auf dem Heldenplatz. Der große Demozug geht zum Finanzministerium, weiter zum Haus der Europäischen Union, zum Rathaus

und kommt dann zurück zum Heldenplatz. Um fünf vor zwölf läuten deswegen die Glocken des Wiener Stephansdoms. Aus Anlass der Klima-Demo am Freitag betonte die Wiener diözesane Schulamtsleiterin Andrea Pinz in einer Aussendung am Mittwoch, dass die Schulen der Erzdiözese Wien ihre Schüler zu mündigen Bürgern

erziehen wollen, die Teilnahme an Demonstrationen jedoch außerhalb der Schulzeit stattfinden müsse.

Pinz würdigte Klimastreik-Initiatorin Greta Thunberg, denn "Fragen der Nachhaltigkeit kann man auch mit dem christlichen Begriff der Schöpfungsverantwortung fassen". Die Schulen der Erzdiözese Wien freuten sich deshalb "über jedes diesbezügliche ernsthafte und verantwortungsvolle Engagement unserer Schüler". Sie sehe auch - so Pinz - in einer Demonstration einen "völlig legitimen Ausdruck der eigenen politischen Meinung, gleichwohl sind auch die katholischen Privatschulen verpflichtet, den ministeriellen Vorgaben zu folgen, und wir tragen den entsprechenden Erlass des Bildungsministeriums selbstverständlich mit". Daher die Regelung: "Unsere Schülerinnen und Schüler sollen und müssen ihr politisches oder gesellschaftliches Engagement entweder im Rahmen des Unterrichts vertreten oder aber außerhalb der Unterrichtszeit."

Die Schulamtsleiterin will dabei Schule und Bildung keinesfalls als Gegensatz zu Umwelt- und Klimaschutz verstanden wissen. Vielmehr gehe es darum, das große Engagement der Schüler im Rahmen des Unterrichts und Schulalltags bestmöglich zu fördern.

### **"Ein zweites Mal geht das nicht"**

Das Schulamt verweist in der Aussendung von Mittwoch auf den Direktor des Gymnasiums Sacré Coeur in Wien, Reinhard Hallwirth, der die Demo-Teilnahme mit konkreten Auflagen - Leistungen innerhalb einer Projektarbeit - verbunden hatte. Im Sacré Coeur arbeiteten Lehrer und

Schüler gemeinsam an einem langfristigen Projekt, in dessen Rahmen "Nachhaltigkeit auch wirklich nachhaltig bearbeitet und umgesetzt" werden solle, wie er erklärte.

"Beim ersten großen Klimastreik der Initiative gab es bereits im Vorfeld viele Schülerinnen und Schüler die gesagt haben, dass sie sich daran beteiligen wollen", erläuterte Direktor Hallwirth. Er habe daraufhin den Jugendlichen die Möglichkeit gegeben, ihr Engagement unter Beweis zu stellen und von den Klassen stichhaltige Konzepte zu ihrem konkreten Klimaschutzengagement eingefordert. "Es musste auch Lehrer geben, die dieses Engagement bestätigen konnten und unterstützen wollten", so Hallwirth weiter. Am Ende gab es fünf Oberstufenklassen, denen ein Lehrausgang zur ersten großen Klimademonstration erlaubt worden sei. "Auf diese Weise ist das völlig korrekt gewesen."

Ein zweites Mal oder gar noch öfter gehe das aber nicht, so der Gymnasialdirektor. "Ein Streik ist etwas, wo man seine Interessen z. B. gegenüber dem Arbeitgeber durchsetzt. Aber Schule steht ja nicht auf der gegnerischen Seite - und Bildung schon gleich gar nicht", so Hallwirth.

Es gebe an der Schule eine langfristige Initiative zum Thema Nachhaltigkeit, die in Anlehnung an den namensgebenden Orden - "WE COEUR" - getauft worden sei und die schon vor "Fridays for Future" begonnen habe. "Wir behandeln das Thema ja bereits seit Monaten in den verschiedensten Fächern", erklärte der Direktor: Aber die Auseinandersetzung mit dem Thema müsse "eine nachhaltige sein und nicht aktionistisch".

## **Tagung in Graz: Krankenhausärzte in "Spiritual Care" einbinden**

### **Steirisches Landeskrankenhaus war Tagungsort - Heutige Form der Krankenhauseelsorge und ihre Selbstverständlichkeit wurde bei der Veranstaltung hinterfragt**

Graz, 22.05.2019 (KAP) Die heutige Form der Krankenhauseelsorge, die für viele eine Selbstverständlichkeit ist, hat die deutsche Theologin und Medizinerin Doris Nauer bei der Tagung "Spiritual Care/Professionelle spirituelle Begleitung in der Klinik" in Graz hinterfragt. Die Veranstaltung am 17. Mai im vollbesetzten Vortragssaal des Seminarzentrums am Landeskrankenhaus und Universitätskrankenhaus Graz befasste sich mit Perspektiven und Herausforderungen von "Spiritual Care" in Hinblick auf ihre Professionalisierung

und Institutionalisierung sowie in ihrem Verhältnis zur konfessionellen Seelsorge.

"Will man heute überhaupt in einer Klinik eine individuelle spirituelle Begleitung, angeboten von haupt- oder ehrenamtlichen christlichen Seelsorgerinnen und Seelsorgern? Sollten diese nicht vielmehr eine Berufsgruppe sein, die sich aus ihrem Kirchenkontext löst und sich voll und ganz strukturell in das Klinikum integriert? Sollten Seelsorgerinnen und Seelsorger daher künftig nicht mehr von ihren jeweiligen Kirchen, son-

dern ausschließlich vom Klinikum finanziert werden? Oder geht der Wunsch in Richtung spiritueller Begleitung durch Pflegendе, Ärzte und Sozialarbeiter, die eine Zusatzausbildung in Spiritual Care durchlaufen haben?", so die provokanten Fragestellungen im Vortrag Nauers.

Es gebe heute viele, die der Meinung seien, dass Spiritualität im Krankenhaus nichts zu suchen habe. Der Meinung dieser Menschen zufolge brauche es deshalb auch kein diesbezügliches Angebot.

Andererseits gebe es in der Medizin die "Wiederentdeckung des ganzen Menschen". Viele forderten deshalb, dass dies Auswirkungen im klinischen Alltag haben müsse, so Nauer. "Professionelle spirituelle Begleitung" könnte deshalb verstärkt auch ein Angebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Führungskräfte an Krankenhäusern sein, gab die Vallendarer Professorin zu bedenken. Spiritual Care finde auch international immer mehr Anhänger; sie könne schließlich sogar dazu beitragen, "nicht nur effizienter zu helfen, sondern langfristig Geld einzusparen".

Wenn sich eine Klinikleitung aus welchen Gründen auch immer dazu entschliesse, eine professionelle spirituelle Begleitung für Menschen jeglicher Religiosität und Spiritualität vorzusehen, sollten auch die Finanzierungsmöglichkeiten bedacht werden. Weiters gehe es um das Personal: "Wer genau, sprich welche Berufsgruppe,

würde die notwendigen Kompetenzen mitbringen, um eine sowohl religions- als auch kirchenunabhängige Spiritual Care anbieten zu können? Ist Spiritual Care demnach so etwas wie eine modernere Variante der christlichen Klinikseelsorge, die immer mehr Menschen wegen deren religiöser Einfärbung entschieden ablehnen?", so die Expertin.

Constanze Giese, Münchner Professorin für Ethik und Anthropologie in der Pflege, betonte in ihrem Statement bei dem Grazer Symposium die notwendige Zweckfreiheit von Spiritualität und Spiritual Care sowie die spirituelle Dimension scheinbar einfacher Handlungen besonders in kritischen Situationen.

Der Psychotherapeut Rainer Dirnberger sprach unter dem Leitwort "Aufgeklärte Spiritualität" über die persönliche Suche nach Sinn und Bedeutung von Leben und Welt als Ausgangspunkt der Spiritualität in Verbindung mit dialogischen und offenen Deutungen. Der Wiener Mediziner Michael Peintinger wiederum warb für ein personorientiertes und ganzheitliches Verständnis des Patienten und der Medizin

Der Ärztliche Direktor des Grazer Krankenhauses der Elisabethinen, Gerald Geyer, sprach über "Die Verlorene Kunst des Heilens". Leitbild sei, Heilen in Verbindung mit einer wertorientierten Führung und einer nachhaltigen Unternehmenskultur vertieft zu etablieren.

## Liturgische Institute starten Untersuchung zu Wort-Gottes-Feiern

### 15 Jahre altes Werkbuch soll auf Basis einer Online-Umfrage überarbeitet werden

Salzburg, 22.05.2019 (KAP) Mit einer Online-Umfrage wollen die Liturgischen Institute Deutschlands und Österreichs erheben, wie das seit 15 Jahren verwendete Werkbuch "Wort-Gottes-Feiern" tatsächlich in der Praxis verwendet wird und welche Anforderungen es im Blick auf eine anstehende grundlegende Überarbeitung gibt. Das teilte das in Salzburg ansässige Österreichische Liturgische Institut am Mittwoch gegenüber "Kathpress" mit. Die Erhebung erfolgt im Auftrag der Deutschen und der Österreichischen Bischofskonferenz sowie der Bischöfe von Luxemburg und Bozen-Brixen und wird vom Kompetenzzentrum für Christliche Spiritualität IUNCTUS in Münster durchgeführt.

Seit 2010 bildet das betreffende Werkbuch auch in Österreich die Grundlage für von Laien geleitete Wort-Gottes-Feiern an Sonn- und

Festtagen. Aufgrund kirchlicher und auch gesellschaftlicher Veränderungen hätten sich in den vergangenen Jahren jedoch die Rahmenbedingungen für diese Feiern geändert. Es brauche daher Anpassungen "und vielleicht müssen auch neue, ergänzende Feierformen gefunden werden, so wie sich auch Kirche vor Ort und ihre gemeinschaftliche Praxis in Bewegung befindet", heißt es seitens des mit der Projektleitung betrauten Liturgiewissenschaftlers Prof. Stephan Winter von der Philosophisch-Theologischen Hochschule in Münster, wo das IUNCTUS angesiedelt ist.

Die Online-Befragung läuft noch bis 1. August. Eingeladen zur Beteiligung sind ausdrücklich alle Personen, die bei der Vorbereitung und Durchführung von Wort-Gottes-Feiern engagiert sind. Neben den Liturgischen Instituten sind

weitere Fachleute aus der Liturgiewissenschaft und den Diözesen in die fachliche und organisatorische Begleitung des Gesamtprojekts eingebunden. Die Auswertung der Ergebnisse soll etwa

Mitte 2020 vorliegen - ein überarbeitetes Werkbuch soll dann bis 2024 vorliegen.

(Infos zur Online-Erhebung und der direkte Link unter [www.liturgie.at/grosse-umfrage-wort-gottes-feier](http://www.liturgie.at/grosse-umfrage-wort-gottes-feier))

## St. Pölten: Neues Emmaus-Synergiezentrum und Wohngruppenhaus

**Die überkonfessionelle St. Pöltner Emmaus-Gemeinschaft war 1982 vom Steiner Gefangenenhausseelsorger Karl Rottenschläger gegründet worden**

St. Pölten, 22.05.2019 (KAP) Zwei große Bauprojekte setzen die überkonfessionelle Emmausgemeinschaft und deren Tochtergesellschaft "Atlas" in St. Pölten um. Das berichten die "Niederösterreichischen Nachrichten" (NÖN) am Mittwoch. In der Austinstraße entsteht ein "Synergiezentrum" und im Norden der Landeshauptstadt ein Gebäude für eine Wohngruppe errichtet. Dort sollen zu Weihnachten Kinder und Jugendliche einziehen, die nicht bei ihren Familien wohnen können und die einen stabilen Ort der Sicherheit brauchen, bis sie volljährig sind. Im neuen Synergiezentrum soll es Räumlichkeiten für Besuchergruppen, Veranstaltungen, Schulungen, für die Emmaus-Verwaltung, die EDV und die Öffentlichkeitsarbeit geben.

Die St. Pöltner Emmaus-Gemeinschaft war 1982 vom Steiner Gefangenenhausseelsorger

Karl Rottenschläger gegründet worden. Aus einem Kleinprojekt für Obdachlose wuchs über die Jahre ein Verein, der im Raum St. Pölten heute Notschlafstellen, Tageszentren, Wohneinrichtungen, Jugendbeschäftigungsprojekte sowie Arbeitstherapie- und Transitarbeitseinrichtungen betreibt.

Die "Emmausgemeinschaft" ist keine kirchliche Einrichtung, sondern eine Initiative von Christen, die sich im Geiste des Evangeliums engagieren. Einrichtungen von "Emmaus" sind u.a. drei Wohnheime, ein Frauen-Wohnheim, eine Notschlafstelle, die Jugend-Notschlafstelle "COMePASS", ein Tageszentrum für Obdachlose, Jugendbetreuung und Jugendsuchtberatung sowie zahlreiche Ausbildungs- und Qualifikationsprogramme wie "AusbildungsFit" und "WorkOut" oder die "CityFarm".

## Neue Ökumene-Initiative in Tirol

**Altkatholische, evangelische, griechisch-, serbisch- und rumänisch-orthodoxe sowie katholische Kirche gründen "Ökumenischen Arbeitskreis in Tirol"**

Innsbruck, 22.05.2019 (KAP) In Tirol gibt es eine neue ökumenische Initiative. Mit einer feierlichen Sitzung wurde am Dienstag im Bischofshaus in Innsbruck der "Ökumenische Arbeitskreis in Tirol" gegründet. Gründungsmitglieder sind die Altkatholische Kirche, Evangelische Kirche A.B., Griechisch-Orthodoxe Kirche, Römisch-Katholische Kirche, Rumänisch-Orthodoxe Kirche und Serbisch-Orthodoxe Kirche. Zudem waren bei der Gründungssitzung die Neuapostolische Kirche als Gastmitglied, sowie die "Ökumenische Initiative Tirol" als Beobachterin vertreten. Anders als der bisherige "Ökumenische Arbeitskreis Innsbruck", der eine Kommission der Römisch-Katholischen Diözese Innsbruck war, ist der neue "Ökumenische Arbeitskreis in Tirol" eine gemeinsame

Gründung der in Tirol tätigen christlichen Kirchen.

Vorsitzender des neuen Arbeitskreises ist der evangelische Superintendent Olivier Dantine, stellvertretende Vorsitzende ist Gordana Nadler von der Serbisch-Orthodoxen Kirche. Zum Schriftführer wurde der katholische Theologe Liborius Lumma bestellt.

Superintendent Dantine hielt in einer ersten Stellungnahme fest: "Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit der christlichen Kirchen in Tirol. Ich bin zuversichtlich, dass der neue 'Ökumenische Arbeitskreis in Tirol' die seit Jahrzehnten geübte vertrauensvolle Zusammenarbeit der christlichen Kirchen noch intensiviert und vertieft wird."

## "Breiter Horizont": Festschrift würdigt Kirchenhistoriker Klieber

**Wiener Kirchenhistoriker zählt zu den österreichischen Aushängeschildern seiner Zunft - Forschungsschwerpunkt ist u.a. die Geschichte der Donaumonarchie**

Wien, 22.05.2019 (KAP) Er zählt zu den österreichischen Aushängeschildern seiner Zunft: der Wiener Kirchenhistoriker Prof. Rupert Klieber. Zu seinen Forschungsschwerpunkten zählt u.a. die Geschichte der Donaumonarchie und ihrer kirchlichen Eliten, doch auch zur Rolle der Kirche in der NS-Zeit hat sich Klieber immer wieder prononciert zu Wort gemeldet. Nun würdigt eine Festschrift mit dem Titel "Von der Kunst der Sprache" den Forscher aus Anlass seines 60. Geburtstages, den Klieber am 12. September des vergangenen Jahres feierte. Unter den Gratulanten und Autoren sind prominente Namen wie Dietmar Winkler, Hubert Wolf oder auch Maximilian Liebmann. Der Salzburger Erzbischof Franz Lackner würdigt Klieber in einem Grußwort für dessen "breiten wissenschaftlichen Horizont".

Die Festschrift versammelt Beiträge, die über die Arbeitsweise und das Forschungsfeld Kliebers Auskunft geben und teils fachspezifische Aspekte beleuchten. So entfaltet etwa der bekannte Münsteraner Kirchenhistoriker Hubert Wolf Aspekte aus dem "schwierigen Alltag eines kaiserlichen Wahlkommissars" von der frühen Neuzeit an bis ins 18. Jahrhundert. In einer persönlichen Notiz fügte Wolf schließlich ein Dank an Klieber für "viele Jahre anregender wissenschaftlicher Diskussion und verlässlicher Freundschaft" an. Gemeinsam forschen Wolf und Klieber u.a. im internationalen Forschungsnetzwerk "Pio XI". Von 2008 bis 2014 leitete Klieber den Österreich betreffenden Forschungszweig "Pius XI. und Österreich", aus dem inzwischen zahlreiche Aufsätze und Publikationen mit neuen Erkenntnissen hervorgingen.

Weitere Forschungsprojekte Kliebers betreffen die Geschichte des Wiener Priesterkollegs St. Augustin ("Frintaneum") in den Jahren 1816 bis 1918 sowie eine kirchliche Sozial- und Alltagsgeschichte des Donau-Alpen-Adria-Raumes der Jahre 1848 bis 1918. Zu beiden Projekten liegen inzwischen profunde Publikationen vor. Zuletzt arbeitete Klieber intensiv an dem mit dem inzwi-

schon verstorbenen deutschen Kirchenhistoriker und früheren Rektor des Campo Santo Teutonico in Rom, Prof. Erwin Gatz, begonnenen Projekt "Bischofslexikon der Habsburgermonarchie 1804-1918". Der erste, von Klieber herausgegebene Band dieses "amtsbiografischen Lexikons" über die Bischöfe der römisch-katholischen Kirchenprovinzen Gran, Kalocsa und Erlau im Königreich Ungarn erscheint im Sommer im Verlag "Duncker & Humblot".

### Seit 20 Jahren Lehrtätigkeit in Wien

Rupert Klieber wurde am 12. September 1958 in Radstadt/Salzburg geboren. Er studierte Theologie und Geschichte an der Universität Salzburg, wo er 1991 in Geschichte promovierte. Die Promotion in Katholischer Theologie folgte 2007 an der Universität Wien. Dort habilitierte er sich auch 1998 im Fach Kirchengeschichte. Ab 1989 war er am Institut für Kirchliche Zeitgeschichte des Internationalen Forschungszentrums in Salzburg tätig. Seit 1999 lehrt er als außerordentlicher Professor am Institut für Kirchengeschichte an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien.

Von 2007 bis 2011 war Klieber Vorsitzender der "Arbeitsgemeinschaft katholischer KirchenhistorikerInnen Österreichs", seit 2016 ist er Studienprogrammleiter für das Doktoratsstudium an der Katholisch-Theologischen Fakultät Wien. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen in der Erforschung des Bruderschaftswesen, des politischen Katholizismus, der kirchlichen Zeitgeschichte sowie der kirchlichen Sozial- und religiösen Alltagsgeschichte im Donau-Alpen-Adria-Raum.

Herausgegeben wurde die Festschrift "Von der Kunst der Sprache. Aus dem Alltag eines Kirchenhistorikers" von Markus Holzweber, einem Schüler Kliebers. Das Buch ist bei "danzig & unfried" erschienen und kostet 69 Euro. (Infos: <https://kg-ktf.univie.ac.at>)

---

## V A T I K A N & R O M

---

### Generalaudienz: Papst würdigt ermordete spanische Missionarin

**Spanischer Premier Sanchez sandte auf Twitter Kondolenzbotschaft an Familie der ermordeten Sr. Ines Nieves**

Vatikanstadt, 22.05.2019 (KAP) Papst Franziskus hat bei der Generalaudienz am Mittwoch auf dem Petersplatz die am Montag in der Zentralafrikanischen Republik (RCA) ermordete spanische Missionsschwester Ines Nieves Sancho (77) gewürdigt. "Schwester Ines war seit Jahrzehnten Lehrerin für Mädchen aus ärmsten Verhältnissen. Sie ist auf brutalste Weise in der Zentralafrikanischen Republik getötet worden, an dem Ort, wo sie die Mädchen nähren gelehrt hat. Wir trauern um eine weitere Frau, die ihr Leben für Jesus im Dienst an den Ärmsten gegeben hat", sagte Franziskus.

Die Ordensfrau der französischen Ordensgemeinschaft der "Filles de Jesus de Massac Seran" verbrachte die vergangenen 23 Jahre ihres Lebens in einer Gemeinde im Südwesten der RCA und wurde in der Nacht von Sonntag auf Montag getötet, nachdem sie von Unbekannten angegriffen worden war. Bereits fünf katholische Missionare wurden 2018 in der RCA ermordet.

Der spanische Premierminister Pedro Sanchez sandte auf Twitter eine Kondolenzbotschaft an die Familie von Sr. Ines Nieves, die aus Burgos stammte. Er erinnerte gleichzeitig an den in der Vorwoche in Burkina Faso ermordeten spanischen Salesianer-Pater Fernando Hernandez. "Ich sende eine Umarmung an Eure Ordensgemeinschaften. Meine große Anerkennung für Eure Arbeit, die immer im Dienst der Bedürftigsten war", schrieb Sanchez.

Im Jahr 2018 war ein weiterer spanischer Ordensmann, der Salesianer Antonio Cesar Fernandez, bei einem dschihadistischen Angriff an die Grenze zwischen Burkina und Faso mit Togo ums Leben gekommen.

#### **Solidarisch mit Chinas Katholiken**

Chinas Katholiken mahnte Papst Franziskus bei der Generalaudienz zur Einheit mit der Weltkirche. Zugleich bekundete er seine Verbundenheit mit chinesischen Bürgern, die "unter täglichen Mühen und Prüfungen" ihren katholischen Glauben lebten. Anlass der Äußerung war eine am kommenden Freitag bei Shanghai stattfindende jährliche Marienwallfahrt.

Der 24. Mai wird in der katholischen Kirche weltweit als Gebetstag für China begangen. Der Vatikan und die kommunistische Regierung in Peking bemühen sich seit einiger Zeit um eine Intensivierung ihrer Beziehungen.

#### **Friedensnobelpreisträger beim Papst**

Papst Franziskus ist am Mittwoch auch mit dem Friedensnobelpreisträger und Gynäkologen Denis Mukwege zusammengetroffen. Die Begegnung fand am Rand der Generalaudienz auf dem Petersplatz statt. Einzelheiten wurden nicht bekannt. Der kongolesische Arzt erhielt 2018 den Friedensnobelpreis für seinen Einsatz gegen sexuelle Gewalt als Waffe in Kriegen und bewaffneten Konflikten. Mit ihm ausgezeichnet wurde die Jesidin und irakische Menschenrechtsaktivistin Nadia Murad.

Mukwege besuchte am Dienstag die katholische Gemeinschaft Sant'Egidio im römischen Stadtteil Trastevere. Dort nahm er nach Angaben der Gemeinschaft am Abendgebet teil und grüßte anschließend Teilnehmer einer internationalen Tagung von Sant'Egidio-Mitgliedern.

### Vatikan und Weltkirchenrat fördern christliche Friedenserziehung

**Neues Dokument über "Friedenserziehung in einer multireligiösen Welt" in Genf unterzeichnet - Kurienbischof Ayuso: "Schulter an Schulter Frieden und Zusammenleben fördern"**

Vatikanstadt-Genf, 22.05.2019 (KAP) Ein neues gemeinsames Dokument über christliche Friedenserziehung haben der Weltkirchenrat (Ökumeni-

scher Rat der Kirchen/ÖRK) und der Vatikan veröffentlicht. Die Erklärung mit dem Titel "Friedenserziehung in einer multireligiösen Welt -

Eine christliche Perspektive" wurde am Dienstag in Genf von ÖRK-Generalsekretär Olav Fykse Tveit und dem Leiter des Päpstlichen Rates für den Interreligiösen Dialog, Bischof Miguel Angel Ayuso, unterzeichnet. Es gehe darum, "Schulter an Schulter Frieden und Zusammenleben zu fördern", sagte Bischof Ayuso.

Die Anhänger aller Religionen und spirituellen Traditionen seien dringend und überall dazu aufgerufen, sich für Frieden einzusetzen, heißt es in dem Dokument. Eine bewusste Erziehung zum Frieden sei angesichts der Weltlage unabdingbar. Der Text, der sich primär an Christen wendet, listet dazu einige Grundsätze und konkrete Schritte auf.

Neben dem Recht auf angemessene und umfassende Bildung und Erziehung für alle Mädchen und Buben verweist der Text auf die

Gottebenbildlichkeit aller Menschen und auf Jesus als Friedenslehrer. Als Beispiel für Bildungsinhalte nennt das Dokument Gewaltvorbeugung und Versöhnung, eine gründliche Kenntnis der heiligen Schriften ebenso wie spirituelle Elemente und Gebet. Ebenso notwendig seien Kenntnisse in Gerechtigkeit, sozialer Entwicklung und ökologischer Nachhaltigkeit.

Bei einer halbtägigen Konferenz am Sitz des ÖRK in Genf hatten zuvor Vertreter internationaler Organisationen, Kirchen und Diplomaten über Friedenserziehung in den Religionen beraten. Laut Aussage des Vatikan und des Weltkirchenrats versteht sich das neue Dokument auch als Fortsetzung der Erklärung über menschliche Geschwisterlichkeit, die Papst Franziskus und Großimam Ahmed al-Tayyeb Anfang Februar in Abu Dhabi unterzeichnet hatten.

## Vatikan: Österreichische Priesteramtskandidaten trafen Papst

**Franziskus überrascht über geringe Zahl an Propädeutikern in Österreich - Treffen u.a. mit dem für die Priesterausbildung weltweit zuständigen Erzbischof Jorge Patron Wong – 60 Theologiestudierende aus Innsbruck von Papst bei Generalaudienz begrüßt**

Vatikanstadt, 22.05.2019 (KAP) Österreichische Priesteramtskandidaten sind am Mittwoch im Vatikan mit Papst Franziskus zusammengetroffen. Bei der Begegnung zeigte sich der Papst erstaunt über die geringe Zahl der Kandidaten, die derzeit das Propädeutikum - ein Vorbereitungsjahr auf das Priesteramtsstudium - absolvieren. "Nur drei?" fragte er demnach überrascht, und er ermutigte die Besucher aus Österreich zugleich, ihrer Berufung treu zu bleiben. Begleitet wurden die drei Propädeutiker bei ihrem aktuellen Rombesuch vom Rektor des Propädeutikums, Erwin Neumayer, von Spiritual Stefan Ulz sowie der Präfektin Irene Blaschke. Gemeinsam nahmen sie anschließend an der Audienz auf dem Petersplatz teil.

Das Propädeutikum ist das Einführungsjahr für die neu eintretenden Priesterkandidaten aller österreichischen Diözesen und eine Einrichtung der Österreichischen Bischofskonferenz. Ziel ist es, "die menschliche und geistliche Reifung zu stärken und die Berufung zu klären", wie es im Statut heißt. In den vergangenen knapp 20 Jahren haben 282 Männer dieses Ausbildungsjahr begonnen. Derzeit zählt das Propädeutikum, das im Priesterseminar in Linz untergebracht ist, allerdings nur drei angehende Seminaristen. Die

Anmeldefrist für die Aufnahme in alle österreichischen Priesterseminare und damit auch für das Propädeutikum endet heuer am 24. Juni. Die Zahl der Neupriester in Österreich wird heuer voraussichtlich 26 betragen. Insgesamt gibt es in Österreich rund 2.100 Diözesan- und 1.500 Ordenspriester.

Im Rahmen des Rombesuchs traf die Gruppe aus Österreich u.a. mit dem für die Priesterausbildung weltweit zuständigen Erzbischof Jorge Patron Wong zusammen. Bei ihrer Begegnung am Montag, 20. Mai, hatte Wong die Propädeutiker ermutigt, "Multiplikatoren in Sachen Berufungspastoral" zu sein und die Zeit des Vorbereitungsjahres dazu zu nutzen, sich ihrer jeweiligen Berufung zu versichern. Es gehe nicht nur um menschliche Reife, sondern auch um eine "spirituelle Formung, die Vorbereitung auf das Studium und die missionarisch-evangelisierende Dimension" von Kirche.

Wong zeichnet u.a. verantwortlich für die seit 2016 geltende neue "Ratio fundamentalis", die die Priesterausbildung weltweit neu regelt. Derzeit werden die neuen Regeln auf Ebene der Ortskirchen umgesetzt. In Österreich ist dafür der St. Pöltner Weihbischof Anton Leichtfried zuständig. Bis Herbst soll ein Konzept für eine Neu-

ausrichtung der Priesterausbildung vorliegen, heißt es.

### **Papst begrüßt Theologiestudierende**

Papst Franziskus hat bei seiner Generalaudienz am Mittwoch im Vatikan auch eine Gruppe junger Theologinnen und Theologen aus Österreich besonders begrüßt. "Von Herzen grüße ich die Pilger deutscher Sprache, insbesondere die Theologiestudierenden der Universitäten Innsbruck und Salzburg", sagte der Papst auf dem Petersplatz und winkte der rund 60-köpfigen Gruppe auch zu, nachdem diese im Pulk der tausenden Audienzbesucher lautstark auf sich aufmerksam machte. "Bitten wir den Heiligen Geist, uns in unserer Beziehung zum himmlischen Vater zu führen und zu stärken, indem wir seinem göttlichen Sohn Jesus, dem Herrn, treu folgen", wandte sich Franziskus an die Rom-Pilger.

Die Studierenden aus Österreich halten sich noch bis Samstag im Rahmen einer ein-

wöchigen Studienexkursion in Rom auf, um direkt im Vatikan Eindrücke von der Arbeit der römischen Kurienbehörden zu bekommen. Neben dem Präfekten des Päpstlichen Hauses, Erzbischof Georg Gänswein, wurden sie in den vergangenen Tagen bereits vom vatikanischen "Ökumene-Minister" Kardinal Kurt Koch, aber auch in der Bildungskongregation und dem Päpstlichen Rat für den interreligiösen Dialog empfangen. An der Apostolischen Signatur gab Kurienbischof Giuseppe Sciacca einen Überblick zur Arbeitsweise des obersten Gerichtshofs der katholischen Kirche.

Veranstaltet wird die Studienexkursion von den kirchenrechtlichen Arbeitsbereiche der Theologischen Fakultäten an den Universitäten Innsbruck und Salzburg. Begleitet werden die heimischen Theologiestudierenden u.a. vom Innsbrucker Kirchenrechtler Wilhelm Rees.

## **Vatikan gibt Thema des nächsten Weltfamilientreffens bekannt**

**Beim nächsten internationalen katholischen Familientreffen im Juni 2021 in Rom soll Familienliebe als "Berufung" und "Weg zur Heiligkeit" hervorgehoben werden**

Vatikanstadt, 22.05.2019 (KAP) "Familienliebe: Berufung und Weg der Heiligkeit": Unter diesem Titel steht das nächste katholische Weltfamilientreffen, das vom 23. bis 27. Juni 2021 in Rom stattfinden wird. Das hat das zuständige Dikasterium für Laien, Familie und das Leben bekannt gegeben. Wie das vatikanische Nachrichtenportal "Vatican News" (Mittwoch) berichtet, hat wie üblich der Papst persönlich das Thema der alle drei Jahre stattfindenden internationalen Großveranstaltung gewählt.

Fünf Jahre nach der Veröffentlichung des Apostolischen Schreibens "Amoris laetitia" (2016) und drei Jahre nach dem Papstdokument "Gaudete et Exsultate" (2018) soll bei der Versammlung 2021 Familienliebe als "Berufung" und "Weg zur Heiligkeit" hervorgehoben sowie der "tiefe und heilbringende Sinn der familiären Beziehungen im täglichen Leben verstanden und geteilt" werden, so die Erläuterung des Dikasteriums.

Familie sei dabei als Keimzelle von Gemeinschaft zu verstehen, die Tendenzen von Individualismus und Ausgrenzung entgegenwirkt und den Einzelnen auf Gott hin orientiert. Somit stelle das christliche Familienleben eine Berufung und einen "Weg zur Heiligkeit" dar, und sei Ausdruck des "schönsten Gesichts der Kirche" (GE 9), schließt das Vatikanstatement.

Die Weltfamilientreffen werden durch das Dikasterium für Familie, Laien und das Leben organisiert und finden alle drei Jahre an wechselnden Orten statt. In Rom fand auf Initiative des damaligen Papstes Johannes Paul II. im Jahr 1994 das erste Weltfamilientreffen überhaupt statt. Auch im Heiligen Jahr 2000 beherbergte die italienische Hauptstadt das Treffen. Das bisher letzte Weltfamilientreffen fand im vergangenen Jahr im irischen Dublin statt.

---

## A U S L A N D

---

### Gaza-Streifen: Caritas warnt vor weiterer Gewalt

**Caritas-Jerusalem Direktorin Tighe in Linzer "ICO"-Magazin: Zwei Millionen Menschen "sind eingesperrt und von internationaler Gemeinschaft ausgeschlossen" - "Ausgezeichnete Brutstätte für Radikalismus" - "Wo es keine Hoffnung mehr gibt, gibt es auch keine Angst"**

Jerusalem-Linz, 22.05.2019 (KAP) Vor zunehmender Gewalt im Gaza-Streifen hat die Direktorin der Caritas-Jerusalem, Sr. Bridget Tighe, gewarnt. "Wo es keine Hoffnung mehr gibt, gibt es auch keine Angst", so Tighe wörtlich in einem Interview in der aktuellen Ausgabe der in Linz erscheinenden Zeitschrift "Information Christlicher Orient". Die zwei Millionen Bewohner von Gaza "sind eingesperrt und von der internationalen Gemeinschaft ausgeschlossen. Das ist potenziell eine ausgezeichnete Brutstätte für Radikalismus", so die irische Ordensfrau, die seit 2018 an der Spitze der Caritas-Jerusalem steht.

Die Blockade Gazas dauere nun schon das zwölfte Jahr an. "Und nun wurden auch die Mittel des USAIDFonds gestrichen", so Tighe. Das bringe für die Menschen nur noch mehr Not und Elend "und nimmt ihnen auch noch die letzte Hoffnung". Die USA haben 2018 auf Weisung von Präsident Donald Trump mehr als 200 Millionen Dollar an Hilfen für die Palästinenser im Gazastreifen und Westjordanland gestrichen. Das treffe besonders die jungen Menschen, so Tighe: "Dass tausende Menschen, vor allem junge Männer, jeden Freitag demonstrieren, ist ein Symptom dieser ständig zunehmenden Verzweiflung."

Die Caritas stelle in Gaza eine Basis-Gesundheitsversorgung bereit. Für Kinder, die vom Krieg traumatisiert sind, gebe es psychologische Hilfe. "Und wir stellen auch humanitäre Nothilfe bereit, wenn es wieder Krieg gibt oder eine Umweltkatastrophe passiert", erläuterte die Caritas-Direktorin: "Dafür die notwendigen finanziellen Mittel aufzutreiben, gerade wo die Not immer größer wird, das ist eine immense Herausforderung."

#### Israel soll Grenzen zu Gaza öffnen

Tighe plädierte dafür, dass Israel die Grenzen zu Gaza öffnet: "Es muss den Menschen erlaubt werden, dass sie reisen können - um zu arbeiten, um andere Familienmitglieder zu besuchen, um zu studieren oder zu heiraten." Die israelischen Behörden wären trotzdem in der Lage, "die Men-

schen so zu kontrollieren, dass potenzielle Terroristen nicht nach Israel gelangen", zeigte sich die Ordensfrau überzeugt. Israel habe das Recht und die Pflicht, seine Bürger zu schützen, aber "junge Menschen einzusperren ohne direkten Zugang zur übrigen Welt außerhalb des Gaza-Streifens - das produziert mehr potenzielle Terroristen und nicht weniger." Die internationale Staatengemeinschaft "muss endlich handeln und diese Situation lösen". Es bräuchte zudem auch massive Investitionen in die Infrastruktur von Gaza, in die Gesundheitsversorgung, in Bildung und ein Sozialsystem.

Von zwei Millionen Einwohnern Gazas sind vielleicht noch 800 Christen, wie Tighe sagte: "Ganze Familien und vor allem die jungen Leute nützen jede Chance, um aus Gaza wegzukommen. Und wenn die Jungen gehen, dann sieht es um die Zukunftsfähigkeit der kleinen christlichen Gemeinschaft in Gaza sehr düster aus."

#### Caritas-Jerusalem ist wichtige Stütze

Die Caritas-Jerusalem wurde 1967 nach dem Sechstagekrieg gegründet. Sie gehört organisatorisch zum Lateinischen Patriarchat von Jerusalem. Die Caritas ist in Ost-Jerusalem, dem Westjordanland und im Gaza-Streifen tätig. Insgesamt profitieren jedes Jahr rund 30.000 Personen von den Aktivitäten der Hilfsorganisation. Die Hilfe kommt dabei Christen wie Muslimen gleichermaßen zugute. Unter den rund 100 Mitarbeitern und vor allem Mitarbeiterinnen gibt es auch viele Muslime.

Die Caritas-Aktivitäten sind vielfältig. Die Caritas stellt beispielsweise im Gaza-Streifen mit mobilen Kliniken für unzählige Menschen die Gesundheitsversorgung sicher. Im Westjordanland und in Jerusalem ist die medizinische Versorgung zwar wesentlich besser, viele Menschen haben aber keine Versicherung und könnten sich ohne finanzielle Unterstützung der Caritas ihre Behandlungen nicht leisten.

Die Caritas-Jerusalem sei der humanitäre Flügel der katholischen Kirche im Heiligen Land,

betonte Sr. Tighe, "und wir sind nicht politisch; aber die politischen Gegebenheiten beeinflussen unsere Arbeit natürlich". Im Rahmen eines Mikro-Kredit-Projekts der Caritas können sich Palästinenser im Westjordanland ein kleines Unternehmen aufbauen oder ihre landwirtschaftlichen Güter modernisieren. Für Frauen gibt es auch Ausbildungslehrgänge, etwa zur Schneiderin. Damit diese Projekte aber wirklich funktionieren, "müssen sich die Menschen frei bewegen können, es braucht offene Märkte und Zugang zu Bildung und Entwicklung. Eigentlich ganz normale Voraussetzungen, aber den Palästinensern werden sie vorenthalten", kritisierte die Caritas-Direktorin.

Ein besonderes Anliegen ist der Caritas auch die Jugend. Neben Sommercamps und anderen Freizeitaktivitäten gibt es auch zahlreiche ständige Jugendtreffs. Aber auch für die alten Menschen ist die Caritas aktiv. So betreibt sie im Westjordanland beispielsweise ein Altenheim.

### **Studierte Theologin und Ökonomin**

Bridget Tighe stammt aus Irland. 1965 trat sie in den Orden der Franziskanischen Missionare der Göttlichen Mutterschaft ein. Rund 25 Jahre setzte sie sich für Flüchtlinge in Jordanien ein, vor allem als Krankenschwester und Hebamme. Die studierte Theologin und Ökonomin gründete 1993 das Margaret-Beaufort-Institut für Theologie in Cambridge und war für einige Jahre Vize-Rektorin des internationalen ökumenischen Instituts für fortgeschrittene theologische Forschung in Jerusalem. Bevor sie 2018 Caritas-Direktorin wurde, leitete sie für einige Jahre das medizinische Zentrum der Caritas in Gaza.

Mit der Zeitschrift "Information Christlicher Orient" informiert das Hilfswerk "Initiative Christlicher Orient" (ICO) vier Mal pro Jahr über seine Hilfsaktivitäten und die Christen und Kirchen im Nahen Osten. (Infos: [www.christlicher-orient.at](http://www.christlicher-orient.at))

## **Nahost-Bischöfe beklagen wachsenden Hass und Demagogie**

### **Katholische Bischöfe des Heiligen Landes betonen in gemeinsamer Erklärung Gleichheit aller Menschen als Grundvoraussetzung für Frieden**

Jerusalem, 22.05.2019 (KAP/KNA) Die Bischöfe des Heiligen Landes haben eine Zunahme von Extremismus und Diskriminierung in ihrer Region beklagt und an den Einsatz von Christen, Juden, Muslimen und Drusen appelliert. "Nur ein Friede, der auf Würde, gegenseitigem Respekt und Gleichheit aller Menschen beruht, kann uns retten, kann uns erlauben zu überleben", heißt es in einer am Mittwoch in Jerusalem verbreiteten Erklärung der katholischen Bischöfe des Landes.

Jede Lösung müsse auf dem Gemeinwohl aller gründen, die in diesem Land ohne Unterschied zusammenlebten, hieß es weiter. Daher sei Gleichheit eine Grundvoraussetzung für einen gerechten und dauerhaften Frieden, unabhängig davon, welche politischen Lösungen gewählt werden, betonen die Bischöfe.

Die jüngsten Entwicklungen, der anhaltende Verlust an Menschenleben, die schwindende Hoffnung auf eine dauerhafte Lösung und das Scheitern der internationalen Gemeinschaft hätten einen besorgniserregenden Punkt erreicht, so die Oberhirten. In den letzten Jahrzehn-

ten sei den Menschen in der Region Frieden und Versöhnung versprochen worden, stattdessen hätten jedoch Hass und Unterdrückung, Korruption und Demagogie zugenommen. Der Vorschlag für eine Zwei-Staaten-Lösung sei ins Leere gegangen und werde erfolglos wiederholt. Alle Reden von einer politischen Lösung schienen derzeit "leere Rhetorik" zu sein. Die Kirchenführer beklagen, dass daher weiterhin viele Menschen das Land verließen.

"Die Kirchen bestehen darauf, dass wir einander achten und in gegenseitigem Respekt und Gleichheit, mit gleichen Rechten und Pflichten in demselben Land zusammenleben können", heißt es in der Erklärung. Dies sei "kein Traum, sondern die kraftvolle Grundlage einer Vision, die unsere Vorfahren, die Propheten, inspiriert hat", betonen die Bischöfe. Sie propagierten die Vision, dass jeder im Heiligen Land volle Gleichheit habe - als Männer und Frauen, die nach Gottes Bild und Ebenbild gleich geschaffen seien, heißt es in der Erklärung.

## Kirchenrechtler: Amazonassyode öffnet Tür zu Viri probati

**Münsteraner Kanonist Schüller erinnert, dass Papst Franziskus mehrfach betonte, die Bischofskonferenzen aufzuwerten und ihnen stärker Kompetenzen zuzuweisen**

Bonn, 22.05.2019 (KAP/KNA) Nach Ansicht des Münsteraner Kirchenrechtlers Thomas Schüller wird es in der römisch-katholischen Kirche bald verheiratete Priester geben. Zunächst werde die Amazonas-Synode im Herbst im Vatikan wegen des Mangels an Geistlichen in Lateinamerika "auf jeden Fall" für in Ehe und Familie erfahrene Männer ("viri probati") als Priester votieren, sagte Schüller der Diözesanzeitung von Münster "Kirche und Leben" (Ausgabe 26. Mai). "Das wird die Bischofskonferenzen und die Regionen der Weltkirche, die ebenso vom Priestermangel betroffen sind, ermutigen, einen ähnlich gelagerten Antrag zu stellen - unter großer Wertschätzung für den freiwillig gelebten Zölibat."

Er sei sich ziemlich sicher, dass es auch in Deutschland solche verheirateten Priester geben werde, sagte Schüller. "Die überdeutliche Mehrheit der deutschen Bischöfe hat sich in der Richtung positioniert. Warum sollten sie also nicht einen entsprechenden Antrag in Rom stellen?", fragte der Theologe. "Er würde sicherlich wohlwollend geprüft."

Der Kirchenrechtler äußerte sich vor einer Fachtagung in Münster, die sich am Freitag

und Samstag mit der "Lehrkompetenz der Bischofskonferenz" befasst. Zu den Referenten gehören der Essener Bischof Franz-Josef Overbeck, der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, und Generalvikar Klaus Winterkamp aus Münster.

Schüller sprach sich dafür aus, dass die nationalen Bischofskonferenzen die Möglichkeit hätten, in bestimmten Fragen einen eigenen Weg zu gehen. "Es kommt darauf an, im Notwendigen Einheit zu erhalten und zugleich eine Pluralität zu ermöglichen, die dennoch katholisch ist." Das gelte etwa für die Zulassung protestantischer Ehepartner zur Kommunion. Diese Frage sei in Deutschland von ganz anderer Bedeutung als in Italien, wo es kaum Protestanten gebe.

Papst Franziskus habe mehrfach betont, die Bischofskonferenz aufzuwerten und ihr stärker Kompetenzen zuzuweisen, sagte der Theologe. "Das steht konträr zu Entwicklungen der Pontifikate von Papst Johannes Paul II. und Benedikt XVI., die alles getan haben, um die Bischofskonferenz kleinzuhalten."

## Deutsche Orden wollen 2020 Erhebung zu sexueller Gewalt vorlegen

**Ordensobernkonzferenz-Vorsitzende Kluitmann: "Wir wissen noch immer nicht genug über das, was in den einzelnen Gemeinschaften geschehen ist und geschieht"**

Bonn, 22.05.2019 (KAP/KNA) Die katholischen Orden in Deutschland wollen eine Erhebung zu den Dimensionen sexueller Gewalt in Klöstern durchführen. Das gab die Deutsche Ordensobernkonzferenz (DOK) am Mittwoch zum Abschluss ihrer viertägigen Mitgliederversammlung in Vallendar bekannt. "Wir wissen noch immer nicht genug über das, was in den einzelnen Gemeinschaften geschehen ist und geschieht", sagte die Konferenzvorsitzende, die Lüdinghausener Franziskanerin Katharina Kluitmann.

Die von den rund 200 Ordensoberinnen und -oberen einstimmig beschlossene Umfrage solle in den nächsten Wochen starten und Anfang 2020 veröffentlicht werden. Ziel ist es laut Kluitmann, etwa einen Überblick über die Anzahl der

Betroffenen, Meldungen an die Staatsanwaltschaften, Zahlungen an Opfer, die Durchsicht von Personalakten und die unterschiedlichen Schutzkonzepte zu bekommen.

Die Konferenzvorsitzende bezeichnete es als wichtig, Betroffenen zu zeigen: "Das Leid wird gesehen, und ihnen wird geglaubt." Die Diskussionen unter den Äbtissinnen und Äbten über Missbrauch hätten gezeigt: "Man kann deutlich offener reden, als das früher der Fall war."

DOK-Vorstandsmitglied Peter Kreuzwald, Provinzial der Dominikaner in Deutschland, sagte, dass die Orden beim Thema sexueller Missbrauch seit 2010 intensiv mit der Deutschen Bischofskonferenz und dem Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung zusammenar-

beiteten. Von den rund 400 Ordensgemeinschaften in Deutschland hätten rund 230 Ansprechpartner für Fälle von sexuellem Missbrauch benannt. Bei 80 weiteren Ordensgemeinschaften stünden die Ansprechpartner aus den Bistümern bereit. Viele kleine, überalterte Ordensgemeinschaften seien nicht mehr in der Lage, eine solche Kontaktperson zu benennen.

Die DOK führe aber Gespräche über externe unabhängige Anlaufstellen, so Kreuzwald. Über ein kirchliches Hilfesystem biete man Opfern möglichst schnelle und unbürokratische

Hilfe. Kluitmann sagte, dass nicht nur sexueller, sondern zunehmend auch geistlicher Missbrauch ins Blickfeld gerate, wenn etwa Novizenmeister oder Beichtväter ihre Machtpositionen ausnutzten. Für die Aufklärungsarbeit gelte: "Wir sind noch lange nicht am Ziel, aber wir haben Wegmarken, an denen wir weiterarbeiten können."

Die DOK vertritt nach eigenen Angaben die Interessen der Ordensgemeinschaften in Deutschland mit rund 14.250 Ordensfrauen und rund 3.500 Ordensmännern, die in knapp 1.600 Niederlassungen leben.

## Missbrauchstäter des Canisius-Kollegs aus Priesterstand entlassen

**Vatikan bestätigt Urteil von Berliner Kirchengerecht, das den Ex-Priester Ende 2018 wegen Missbrauchs an Minderjährigen in acht Fällen schuldig gesprochen hatte**

Berlin, 22.05.2019 (KAP/KNA) Einer der Haupttäter des Missbrauchsskandals am Berliner Canisius-Kolleg ist aus dem Priesterstand entlassen worden. Das Urteil des Berliner Kirchengerechtes gegen den Mann sei vom Vatikan bestätigt worden und damit rechtskräftig, teilte die Erzdiözese Berlin am Mittwoch mit. Das Kirchengerecht hatte den 78-jährigen im vergangenen Dezember wegen Missbrauchs an Minderjährigen in acht Fällen schuldig gesprochen und die kirchenrechtliche Höchststrafe verhängt.

Die Diözese Hildesheim, dessen Klerus der Missbrauchstäter bislang angehörte, kündigte an, in Absprache mit Betroffenen 20.000 Euro für ein Projekt zur Aufarbeitung der Geschehnisse im Canisius-Kolleg zu zahlen. Wie die Erzdiözese Berlin erklärte, dürften "die Dunkelziffer seiner Missbrauchstaten durchaus höher liegen". Die meisten davon seien in den 1970er-Jahren am Canisius-Kolleg in Berlin geschehen, wo der Verurteilte als Lehrer tätig war.

Der Sprecher der Opfer-Initiative "Eckiger Tisch", Matthias Katsch, zeigte sich erleichtert über den Verfahrensabschluss: "Immerhin neun Jahre haben wir darauf gewartet und - vor allem - dafür gekämpft." Katsch kritisierte die kirchenrechtlichen Regeln für Missbrauchs-Verfahren; so fehle ein Status der Betroffenen als Opfer einer Straftat. "Es ging immer nur um die Verletzung

der Kirche und ihrer Regeln durch den ehemaligen Priester - nicht um uns." Die Opfer seien nur als Zeugen gehört worden. "Der Versuch, uns durch eine Nebenklage zu beteiligen, wurde mit fragwürdigen Begründungen durch die Glaubenskongregation in Rom vereitelt", so Katsch, der nach eigenen Angaben von dem Mann missbraucht wurde.

Als Lehrer am Jesuitengymnasium Canisius-Kolleg hatte der Mann in den 1970er und 1980er Jahren Schüler missbraucht, ohne dass der Jesuitenorden Hinweisen darauf nachging. Der Orden versetzte ihn 1982 in die Diözese Hildesheim, wo er bis 1989 Dekanatsjugendseelsorger war. Anschließend wurde er bis zu seiner Pensionierung 2003 als Gemeindegeseelsorger in Hildesheim, Wolfsburg und Hannover eingesetzt. 1995 hatte er den Jesuitenorden auf eigenen Wunsch verlassen und war als Priester in der Diözese Hildesheim aufgenommen worden.

Mit den Taten des Mannes hatten sich auch die staatliche Justiz befasst. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte 2011 die Ermittlungen gegen ihn jedoch gegen Zahlung einer Geldauflage ein. Ein Gerichtssprecher warf der Kirche später vor, die zentrale Rolle des Täters bei den Missbrauchsfällen am Canisius-Kolleg verschwiegen zu haben.

## Prag: Verfassungsklage wegen Steuer auf Kirchenentschädigung

**Von mehr als 40 Senatoren unterzeichneter Antrag soll noch diese Woche dem Verfassungsgericht in Brunn vorgelegt werden - Kommunistische Partei hatte Zustimmung der Koalitionsparteien zur Änderung der 2013 beschlossenen Restitutionsregelung zur Bedingung für weitere Unterstützung der Babis-Regierung gemacht**

Prag, 22.05.2019 (KAP/KNA) In Tschechien ist die Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz zur Besteuerung von Entschädigungszahlungen an die Kirchen offenbar kurz vor der Einreichung. Die Beschwerde wurde von 42 Senatoren unterzeichnet und soll bis Ende der Woche dem Verfassungsgericht in Brunn vorgelegt werden, wie Radio Prag meldet. Initiiert wurde sie von Parlamentariern der christdemokratischen Partei. Weiter unterzeichneten sie Parlamentsvertreter der Bürgerdemokraten (ODS), der Sozialdemokraten (CSSD) und der Fraktion Senator 21.

Seit 2013 werden die Kirchen in Tschechien für die Enteignungen während der kommunistischen Zeit (1958-1989) entschädigt. Auf Initiative der Kommunistischen Partei (KSCM) beschloss das Prager Abgeordnetenhaus im Jänner, die Ersatzzahlungen des Staates für nicht mehr rückführbares Kircheneigentum ab 2020 mit 19 Prozent zu besteuern. Der Senat, die von Konservativen und Liberalen dominierte zweite Kammer des Parlaments, kassierte den Entwurf im März zwar mit überwältigender Mehrheit, aber das Abgeordnetenhaus votierte im April per Beharrungsbeschluss für die Besteuerung der Ersatzzahlungen.

Kurz darauf unterzeichnete Präsident Miloš Zeman das Gesetz. Darauf hatten zahlreiche Senatoren angekündigt, das Verfassungsgericht als oberste Instanz der tschechischen Rechtsprechung anzurufen.

Mit der Besteuerung der Ersatzleistungen würde der Staat über einen Zeitraum von 30 Jahren jährlich umgerechnet 23,4 Millionen Euro von den Kirchen zurückfordern können. Durch die Entschädigungszahlungen sollten ursprünglich die Kirchen und Religionsgemeinschaften in Tschechien auch finanziell unabhängig vom Staat werden.

Der Gesetzesvorschlag war von der Minderheitsregierung von Premier Andrej Babis aus der systemkritischen Bewegung ANO 2011 und den Sozialdemokraten (CSSD), die von den Kommunisten toleriert wird, abgesegnet worden. Die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens (KSCM) hatte die Zustimmung der Koalitionsparteien zur Bedingung für die weitere Unterstützung der Regierung gemacht. Das Vorgehen der Kommunisten rührt laut Beobachtern daher, dass mit den Entschädigungszahlungen zum Ausdruck komme, dass ihre Vorgänger nach der Machtergreifung 1948 die Kirchen beraubt hatten.

## 2.500 Menschen beten in Paris für Komapatient Vincent Lambert

**Gottesdienst für das Leben in Kirche Saint-Sulpice bekam durch jüngste Gerichtsentscheidung, die Behandlung von Lambert wieder aufzunehmen, besondere Aktualität**

Paris, 22.05.2019 (KAP) In der Pariser Kirche Saint-Sulpice haben 2.500 Menschen zusammen mit Erzbischof Michel Aupetit für den Komapatienten Vincent Lambert und das Leben gebetet. Das Gebet sei bereits lange Zeit organisiert gewesen, berichtet die französische Zeitung "La Croix" (Mittwoch) über den Gottesdienst vom Dienstagabend. Mit der Entscheidung des Pariser Gerichts am Montag, die Behandlung von Lambert wieder aufzunehmen, habe es jedoch eine besondere Aktualität erhalten. "Mehr denn je glaube ich an Wunder!", sagte ein Pariser Priester in dem Bericht.

Die Menschen beteten nicht nur für Lambert, sondern auch für andere Menschen in einem ähnlichen Zustand. "La Croix" zufolge leben in Frankreich etwa 1.500 Menschen im Wachkoma. "Das letzte Wort wird immer lebendig sein", schloss Erzbischof Aupetit seine Predigt.

Am Montagabend hatte ein Gericht in Paris entschieden, dass die künstliche Ernährung Lamberts wieder aufgenommen werden müsse, bis der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen entschieden habe. Die Mutter Viviane Lambert nannte das einen "sehr großen Sieg". Die Eltern fordern nun die Ver-

legung ihres Sohnes in ein Krankenhaus, das auf Wachkomapatienten spezialisiert ist.

Der 42-jährige Lambert liegt seit einem Motorradunfall 2008 in einer Art Wachkoma. Ein französisches Ärzteteam hatte entschieden, die künstliche Ernährung des früheren Kranken-

pflegers am Montag zu beenden. Während seine Frau den Schritt befürwortet, wollten seine katholischen Eltern dies verhindern und haben dazu auch internationale Instanzen angerufen. Darunter war auch der UN-Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

## Serbische Kirche für Dialog mit mazedonischen Orthodoxen

### Serbisch-orthodoxe Kirchenleitung erklärt Bereitschaft zur Wiederaufnahme von Gesprächen zur Beendigung des seit 1967 bestehenden "Mazedonischen Schismas" in der Orthodoxie

Belgrad, 22.05.2019 (KAP/KNA) Die serbisch-orthodoxe Kirche hat sich für die Wiederaufnahme von Gesprächen mit der seit 1967 abgespaltenen und im Alleingang selbst für autokephal (eigenständig) erklärten Mazedonischen Orthodoxen Kirche ausgesprochen. Das berichtet der Fachdienst Ökumenische Information (ÖKI) der deutschen Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) in seiner dieswöchigen Ausgabe. Die Entscheidung ist demnach der wichtigste Beschluss der jüngsten Frühjahrskonferenz der serbischen orthodoxen Bischöfe, die vom 9. bis 18. Mai im historischen Kloster von Zica und am Patriarchatssitz in Belgrad abgehalten wurde.

Wie aus einer durch Bischof Irinej Bulovic von Novi Sad als Kirchensprecher vorgelegten Erklärung nach dem Bischofstreffen hervorgeht, befasste sich die serbisch-orthodoxe Synode mit verschiedenen administrativen Angelegenheiten und widmete sich dann der Lage ihrer ehemals jugoslawischen Diözesen, die heute außerhalb des serbischen Staatsgebiets liegen. In Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien und besonders Montenegro lägen neue Religionsgesetze vor, die Europas und der Zivilisation unwürdig wären. Davon würden speziell die Kirchensprengel Montenegro-Küstenland und Budim-Nisic diskriminiert, hieß es. Der Staat unterstütze eine unkanonische "Montenegrinische Orthodoxe Kirche". Ähnliches bahne sich in Kroatien an.

Über der serbischen "Autonomen Erzdiözese Ohrid" in Nordmazedonien hänge noch immer das Damokles-Schwert gerichtlicher Verfolgung seiner Bischöfe, Kleriker, Mönche, Nonnen und Gläubigen, wurde in dem Kommunikee weiter festgehalten. Dennoch wolle die serbisch-orthodoxe Kirche den Dialog über einen kanonischen, endgültigen Status der mazedonischen Orthodoxie wieder aufnehmen. In gesamtorthodo-

ger Hinsicht unterstrich der serbische Episkopat erneut in Sachen ukrainischer Autokephalie seine Ablehnung der "Intervention ohne Dialog" durch Konstantinopel. Die Synode verglich das mit dem Aufbau unkanonischer rumänischer Kirchenstrukturen für die Balkanromanen im östlichen Serbien.

Das "Mazedonische Schismas" in der Orthodoxie datiert seit 1967, als sich die Orthodoxen im heutigen Nordmazedonien unter Mithilfe der damaligen kommunistischen Machthaber Jugoslawiens aus dem serbischen Patriarchat einseitig herauslösten und ihre - von der Weltorthodoxie nie anerkannte - Selbstständigkeit (Autokephalie) verkündeten.

2002 machte Belgrad der mazedonischen Kirche das Angebot einer weitgehenden Autonomie. Dieser Vorschlag führte zu einer heftigen Diskussion innerhalb der mazedonischen Kirche und ihres Episkopats. Mit Metropolit Jovan (Vraniskovski) unterstellten sich einige mazedonische Bischöfen und Priester wieder dem serbischen Patriarchen und Jovan wurde vom serbisch-orthodoxen Patriarchat zum Erzbischof von Ohrid ernannt. Die Mazedonisch-orthodoxe Kirche exkommunizierte den Metropolitan daraufhin im Jahr 2003. Die Behörden von Skopje haben Jovan mehrmals für längere Zeit inhaftiert.

### 800 Jahre serbische Autokephalie

Im Rahmen der Synode gedachte der serbisch-orthodoxe Patriarch Irinej mit dem Episkopat in der Himmelfahrtskirche von Zica auch dem 800-Jahr-Jubiläum der Autokephalie der Serbischen Orthodoxen Kirche von 1219. Die Bischöfe befasste sich auch mit Einzelheiten der dazu für kommenden Oktober in Belgrad und allen serbischen Diözesen geplanten Feierlichkeiten.

In Hinblick auf diese nahmen laut ÖKI-Bericht auch der serbische Staatspräsident Alexan-

der Vucic und das serbische Mitglied des Staatspräsidiums von Bosnien und Herzegowina, Milorad Dodik, an einer Synodalsitzung teil. Patriarch Irinej ermahnte sie auch eindringlich, den

Kosovo mit seinen orthodoxen Heiligtümern, Vertriebenen und letzten serbischen Bewohnern nicht aufzugeben.

## **Kurienkardinal Filoni besucht im Auftrag des Papstes Sri Lanka**

### **Am Mittwoch segnete Filoni symbolischen Stein zum Start der Wiederherstellung der durch Anschläge schwer beeinträchtigten Antoniuskirche**

Vatikanstadt, 22.05.2019 (KAP) Einen Monat nach den Terroranschlägen ist der Präfekt der vatikanischen Kongregation für die Evangelisierung der Völker, Kardinal Fernando Filoni, am Mittwoch nach Sri Lanka gekommen, um dort als Solidaritäts-Botschafter des Papstes mit dem Klerus und den Gläubigen zusammenzukommen. Vor genau einem Monat, am Ostersonntag, den 21. April, wurde Sri Lanka von einer Reihe von Terroranschlägen heimgesucht: bei insgesamt acht Explosionen kamen mindestens 253 Menschen ums Leben. Nach offiziellen Angaben handelt es sich bei den meisten Opfern um Katholiken.

Am Mittwoch segnete Kardinal Filoni einen symbolischen Stein zum Start der Wiederherstellung der durch die Anschläge schwer beeinträchtigten St.-Antonius-Wallfahrtskirche in Kochchikade. Dort wurden 93 Katholiken durch einen Selbstmordattentäter getötet.

Filoni sprach in Kochchikade mit der Bevölkerung sowie mit den an den Wiederaufbauarbeiten Beteiligten, wie der vatikanische Fides-Pressedienst berichtet. Weiters traf er den Staatspräsident Maithripala Sirisena und die katholischen Bischöfe des Landes, mit denen er über den missionarischen Charakter der Kirche und die wichtigsten pastoralen Themen sprach.

### **Ermutigung durch Papst**

Bischof Norbert Andradi OMI von Anuradhapura, Präsident der Kommission für die Laien der Bischofskonferenz von Sri Lanka, berichtet über das Treffen: "Kardinal Filoni hat uns gegenüber die Verbundenheit und Solidarität von Papst Franziskus zum Ausdruck gebracht. Es ist eine wichtige Ermutigung für uns alle. Er erzählte uns von der Sorge und Sorge des Heiligen Vaters um unsere Gläubigen, die von den Anschlägen an Ostern betroffen waren. Heute, einen Monat nach dieser Tragödie, sind die Gläubigen immer noch schockiert und erschüttert und viele haben Angst, in die Kirche zu kommen. Wir versuchen, die zerstörten Kirchen und vor allem die Hoffnung in unseren Herzen wieder aufzubauen."

Für Donnerstag ist ein Besuch Filonis in der ebenfalls betroffenen Sebastianskirche in Negombo geplant. Im Anschluss wird Kardinal Filoni auf dem Friedhof in Negombo den Grundstein für die neue Friedhofskapelle legen und von den Anschlägen betroffene Familien treffen. Am Freitag ist ein Treffen mit Priestern und Ordensleuten geplant.

## **Polizei in Nicaragua blockiert Kathedrale von Managua**

### **Kardinal Brenes rief zu Wochenbeginn Sicherheitskräfte auf, Gewalt zu beenden**

Managua, 22.05.2019 (KAP/KNA) Sicherheitskräfte erschweren Gläubigen nach Angaben der katholischen Kirche in Nicaragua den Zugang zur Kathedrale in der Hauptstadt Managua. Das ganze Gelände sei von Polizeikräften umstellt, berichtete der Vikar der Kathedrale, Rodolfo Lopez, dem Sender CNN (Dienstag Ortszeit). Weder Gläubigen noch ihm sei es zeitweise möglich gewesen, das Gotteshaus zu betreten. Kardinal Leopoldo Brenes rief zu Wochenbeginn die Polizei des

mittelamerikanischen Landes dazu auf, die Gewalt zu beenden. Gewalt erzeuge nur neue Gewalt. Einziger Ausweg aus der Krise sei der Dialog, so der Erzbischof von Managua.

Nicaragua erlebt seit April 2018 eine Krise mit landesweiten Protesten gegen die Regierung von Präsident Daniel Ortega. Seit Beginn kamen rund 350 Menschen ums Leben, Tausende wurden verletzt. Nicaraguas Kirche kritisierte immer wieder in scharfer Form die Menschenrechts-

verletzungen der Regierung. In direkten Gesprächen mit der Opposition sagte die Ortega-Regierung die Freilassung aller politischen Gefangenen bis zum 18. Juni zu. Anfang der Woche wurden 100 Gefangene freigelassen. Die Opposition

rief dennoch zum Generalstreik auf und forderte die Freilassung aller in einer Liste des Internationalen Roten Kreuzes erfassten politischen Inhaftierten.

## Papst ernennt zwei neue Weihbischöfe für Santiago de Chile

Vatikanstadt, 22.05.2019 (KAP) Papst Franziskus hat zwei neue Weihbischöfe für Chiles Hauptstadt diözese Santiago ernannt. Das gab der Vatikan am Mittwoch bekannt. Weil wegen des Missbrauchsskandals in Chile mehrere Bischöfe zurückgetreten waren, hatte der Papst in den betreffenden Diözesen vier der sechs Weihbischöfe Santiagos als vorübergehende päpstliche Verwalter eingesetzt.

Die beiden Neuernannten sind Eugenio Irrarrazaal und Alberto Ricardo Lorenzelli. Der

53-jährige Irrarrazaal war bisher Pfarrer in Santiago. Der 65-jährige Argentinier Lorenzelli gehört dem Orden der Salesianer Don Boscos an. Er war zuletzt als Seelsorger für die Mitglieder des vatikanischen Sicherheitsdienstes und Zivilschutz tätig.

Bischof Celestino Aos, den Papst Franziskus Ende März zum Apostolischen Administrator für Santiago ernannt hatte, äußerte kürzlich in einem Interview den dringenden Wunsch nach neuen Weihbischöfe für seine Erzdiözese.

## Tote bei Schießerei in brasilianischer Kirche

Rio de Janeiro, 22.05.2019 (KAP/KNA) In einer Kirche in Südostbrasilien sind Medienberichten zufolge mindestens drei Menschen erschossen worden. Zudem soll der 39 Jahre alte Tatverdächtige zuvor seine Ex-Freundin getötet haben. Polizisten stoppten den möglichen Amokläufer am Dienstagabend (Ortszeit) durch Schüsse. Er schwebt laut Medien in Lebensgefahr.

Die Tat ereignete sich in der Kleinstadt Paracatu im Teilstaat Minas Gerais. So soll der Mann zuerst seine Ex-Freundin in deren Haus mit Messerstichen in den Hals getötet haben. Danach betrat er den Berichten zufolge eine nahe gelegene Baptisten-Kirche, in der zu dem Zeitpunkt rund zwanzig Menschen versammelt waren. Dort soll der Mann mehrere Personen zum Teil mit Kopfschüssen getötet haben.

Der Polizei gelang es, durch gezielte Schüsse den Mann außer Gefecht zu setzen. Der 39-jährige soll in der Vergangenheit Mitglied der Kirche gewesen sein. Aufgrund von Problemen mit Drogen sei er jedoch aus der Kirche ausgetreten. Anwohner sagten Medien, dass der Mann psychische Probleme gehabt und Stimmen gehört habe.

Abweichenden Medienberichten zufolge soll es der Verdächtige auf den Pastor der Kirche abgesehen haben. Dieser soll nach dem Ende der Beziehung die Ex-Freundin des Mannes geheiratet haben. Dem Pastor gelang jedoch die Flucht aus der Kirche. Nach Bekanntwerden der Tat versuchten Anwohner, das Krankenhaus, in dem der Mann liegt, zu stürmen. Polizisten sperrten das Hospital ab.

## Ordensfrau in Zentralafrikanischer Republik brutal ermordet

Rom-Bangui, 22.05.2019 (KAP) In einem Dorf im Südosten der Zentralafrikanischen Republik haben unbekannte Täter in der Nacht auf Montag eine Ordensfrau brutal ermordet. Sie trennten der 77 Jahre alten Missionarin den Kopf ab, wie die Vatikanzeitung "Osservatore Romano" und das Onlineportal "Vatican News" (Mittwoch) berichteten. Die Spanierin Sr. Ines Nieves Sancho

von der französischen Ordensgemeinschaft der "Filles de Jesus de Massac Seran" wirkte seit Jahrzehnten in dem bürgerkriegserschütterten Land. Sie lebte in der Stadt Nola in der Provinz Sangha-Mbaere, wo sie benachteiligten Mädchen Unterricht im Nähen erteilte. Die Täter ermordeten die Ordensfrau in ihrer Lehrwerkstatt.

Das Tatmotiv ist der Vatikanzeitung zufolge unklar. Zu den Hypothesen gehöre auch die grausame Praxis des Handels mit menschlichen

Organen, die in der Region als eine Art Glücksbringer angesehen würden, wie der "Osservatore" schreibt.

## Katholischer Priester in Mosambik erstochen

Rom-Maputo, 22.05.2019 (KAP) In Mosambik ist ein katholischer Ordenspriester, der in der Stadt Küstenstadt Beira ein Institut für blinde Menschen geleitet hat, ermordet worden. Wie örtliche Sicherheitsbehörden und die Erzdiözese Beira bestätigten, wurde der 34-jährige Landry Ibil Ikwel bereits am Sonntag in einem Haus der Kongregation der Heiligen Herzen Jesu und Mariens von bisher Unbekannten angegriffen. Laut Ermittlern wurde der Priester Opfer einer

Messerattacke, an deren Folgen er schließlich im Krankenhaus starb.

Der vor 2016 zum Priester geweihte und aus dem Kongo stammende Pater war bereits seit einigen Jahren in Mosambik tätig. In Beira leitete er laut vatikanischem Missionspressdienst Fides das "Institut für Blinde" (Istituto de Deficientes Visuais da Beira), dessen Ziel die Ausbildung, Rehabilitation und Integration von Kindern, Jugendlichen und blinden Erwachsenen ist.

## Zunehmend mehr Entführungen in Nigeria: Pastor unter Opfern

Abuja, 22.05.2019 (KAP/KNA) In Nigeria steigt die Zahl der Entführungen weiter an. So wurden allein zwischen Sonntag und Dienstagfrüh mindestens 27 Menschen verschleppt, wie die Online-Zeitung Premium Times am Mittwoch berichtete. Besonders betroffen ist demnach aktuell der Bundesstaat Kaduna im Norden des Landes.

Dort waren am Wochenende auch ein Pastor der Evangelikalen Kirche Westafrikas (Ecwa), dessen Tochter und 14 Gemeindemitglieder entführt worden. Nach Einschätzung des

Vorsitzenden der Christlichen Vereinigung Nigerias (CAN) im Bundesstaat Kaduna, Joseph Hayab, suchten die Täter gezielt nach dem Pastor: Sie hätten der Bevölkerung mit Schüssen gedroht, falls man sie nicht zu dem Pastor bringen wolle, sagte Hayab der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA).

Mit den Entführungen wird Lösegeld erpresst. Sie gelten aber auch als Strategie, um Angst in ländlichen Gebieten zu schüren.

|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                           |  |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--|
|                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |  |
| <p>IMPRESSUM:<br/>         Medieninhaber (Verleger) Herausgeber, Hersteller:<br/>         Institut "Katholische Presseagentur"<br/>         Chefredakteur &amp; Geschäftsführer: Paul Wuthe<br/>         Redaktion: Andreas Gutenbrunner, Henning Kligen,<br/>         Franziska Libisch-Lehner, Robert Mitscha-Eibl, Franz<br/>         Morawitz, Jennifer Mostögl, Johannes Pernsteiner,<br/>         Georg Pulling<br/>         Alle: A-1011 Wien, Singerstraße 7/6/2 (Postfach 551)<br/>         Tel: +43 (0)1 512 52 83   Fax: +43 (0)1 512 18 86<br/>         E-Mail an die Redaktion: redaktion@kathpress.at<br/>         E-Mail an die Verwaltung: buero@kathpress.at<br/>         Internet: www.kathpress.at</p> |  |